

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Interaten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plakatschriften ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoriastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Arbeiterband Bochum.

Lohnentwicklung im Bergbau.

Gewaltiger Rückgang seit 1929. Von Müller zu Papen.

In welchem Ausmaße der lohnpolitische Bergbruch und die Krisenwirkungen das Einkommen der Bergarbeiter reduzierten, ist zur Genüge bekannt. Tausende und aber tausende Bergarbeiter stellen mit tiefer Erbitterung fest, daß sie trotz schwerster Arbeit ihre Familien nur noch notdürftig ernähren können. Das ist besonders dort der Fall, wo seit langem wöchentlich zwei bis drei Feiertage eingelegt werden und der Inhalt der Lohnsätze sich von der Arbeitslosenunterstützung nur wenig unterscheidet. Die Verarmung, die infolgedessen in vielen Bergarbeiterfamilien eingetreten ist, läßt sich zahlenmäßig nur schlecht bzw. überhaupt nicht erfassen. Trotzdem dürften nachstehende Zahlen über die Entwicklung der Bergarbeiterlöhne im preußischen Bergbau in mehrfacher Hinsicht von größtem Interesse sein. Es handelt sich dabei um die bergbaulichen Lohnzahlen, wie sie regelmäßig im „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Gestützt auf diese amtliche Quelle bringen wir nachstehend zunächst eine Gegenüberstellung der gesamten bergmännischen Lohnsumme des dritten Quartals von 1929 und 1932.

Gesamtlohnsumme (in M.):

	1929	1932
a) Steinkohlenbergbau (3. Quartal)		
in Oberschlesien	28 632 605	12 252 949
in Niederschlesien	12 938 621	5 983 132
in Niederrhein.-westf. Bezirk	241 333 743	82 541 224
bei Aachen	14 066 682	11 019 827
b) Salzbergbau		
in Oberbergamtsbezirk Halle	2 920 954	981 158
in Oberbergamtsbezirk Clausthal	3 645 879	969 104
c) Erzbergbau		
in Mansfeld (Kupferschiefer)	4 946 455	3 137 227
in Oberharz	866 539	339 525
in Siegen	4 947 003	1 113 751
in Nassau und Wehlar	1 595 044	414 964
d) Braunkohlenbergbau		
in Oberbergamtsbezirk Halle:		
ostfälischer	12 037 824	6 466 573
westfälischer	17 136 687	6 497 112
rhur-scheimischer	10 519 138	6 217 415

Danach ist also die Gesamtlohnsumme in vielen Bezirken gegenüber 1929 um mehr als die Hälfte, in einzelnen Revieren sogar auf nahezu ein Drittel zurückgegangen. Im größten Kohlenrevier, im niederrheinisch-westfälischen Bezirk, ist der absolute Rückgang am gewaltigsten. Hier werden für 1929 rund 241 Millionen Mark, im Jahre 1932 jedoch nur noch 82,5 Millionen Mark als quartalsmäßige Lohnsumme ausgewiesen. Angesichts dieser gewaltigen Einkommensverschiebung glaubt man zunächst, es müsse sich dabei um einen Rechenfehler handeln. Aber ein flüchtiges Wägen des prozentualen Rückganges in verschiedenen kleineren Revieren beseitigt die Zweifel, die bezüglich der Richtigkeit der amtlichen Lohnstatistik auftauchen könnten. Außerdem stellte bereits vor einigen Monaten das Statistische Reichsamt einen Rückgang der bergmännischen Lohnsumme im Kohlenbergbau von rund 100 Millionen im Monatsdurchschnitt 1929 auf rund 40 Millionen in den ersten fünf Monaten 1932 fest. Auch diese Feststellungen bestätigen, daß die Gesamtlohnsumme im Bergbau tatsächlich in katastrophaler Weise zurückgegangen ist. Wenn dieser Schrumpfung der bergmännischen Gesamtlohnsumme ein Rückgang der amtlich ermittelten Lebenshaltungskosten von 16,8 im Monatsdurchschnitt 1929 auf 11,8 im November 1932 gegenübersteht, so wiegt diese Preislenkung die riesenhafte Lohnschrumpfung doch bei weitem nicht auf. Auch die Arbeitslosenunterstützung, die an die inzwischen entlassenen Bergarbeiter gezahlt wurde, konnte den Ausfall der bergmännischen Kaufkraft nicht ausgleichen. Der Rückgang der Lohnsumme im Bergbau mußte daher die Geschäftstätigkeit in den Bergbaurevieren weitgehend drohen, die Mittelständler und alle diejenigen, die von den Bergarbeitern leben, auf das stärkste in Mitleidenschaft ziehen. Bevor auf diese Auswirkungen näher eingegangen werden soll, seien hier die Gründe unterzucht, die zu dem Lohnausfall im Bergbau führten.

Die Hauptursache des Lohnrückganges ist zweifellos im dem gesunkenen Beschäftigungsgrad zu suchen. Nach den Angaben des „Staatsanzeigers“ hat sich der Beschäftigungsgrad, gemessen an den verfahrenen Arbeitsschichten, wie folgt entwickelt:

Gesamtzahl der verfahrenen Arbeitsschichten.

	1929	1932
a) Steinkohlenbergbau (3. Quartal)		
in Oberschlesien	4 186 563	2 254 365
in Niederschlesien	1 984 402	1 128 392
in Niederrhein.-westf. Bezirk	27 040 007	11 730 117
bei Aachen	1 760 984	1 752 477
b) Salzbergbau		
in Oberbergamtsbezirk Halle	354 166	144 141
in Oberbergamtsbezirk Clausthal	441 949	138 785

	1929	1932
c) Erzbergbau		
in Mansfeld (Kupferschiefer)	653 818	570 463
in Oberharz	136 885	59 929
in Siegen	696 476	201 732
in Nassau und Wehlar	260 338	79 951
d) Braunkohlenbergbau		
in Oberbergamtsbezirk Halle:		
ostfälischer	1 701 883	1 167 351
westfälischer	2 240 874	1 170 886
rhur-scheimischer	1 240 104	865 151

Die vorstehende Uebersicht zeigt, ist in einer Reihe von Bezirken die Zahl der verfahrenen Schichten im Vergleich zu 1929 um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Im Bezirk Siegen, Nassau und Wehlar beträgt der Rückgang sogar mehr als zwei Drittel. Im allgemeinen läßt sich bezüglich der rückläufigen Bewegung des bergmännischen Beschäftigungsgrades feststellen, daß die Schichtenzahl weit mehr gesunken ist als die Produktion. Dieses unterschiedliche Verhältnis erklärt sich aus der fortgesetzten Steigerung des Schichtförderanteils, die wir in der letzten Nummer unserer Verbandszeitung eingehend darstellten. Verteilt man nun die Gesamtlohnsumme (Tabelle 1) auf die Zahl der verfahrenen Arbeitsschichten (Tabelle 2), dann ergibt sich daraus ein durchschnittlicher Schichtlohn. Die erwähnte amtliche Statistik kommt bezüglich der Entwicklung der durchschnittlichen Schichtlöhne zu folgendem Ergebnis:

Durchschnittlicher Lohn für jede verfahrenene Schicht

	1929	1932
(in M.)		
a) Steinkohlenbergbau (3. Quartal)		
in Oberschlesien	6,84	5,44
in Niederschlesien	6,52	5,30
in Niederrheinisch-westfälischen Bezirk	8,93	7,04
bei Aachen	7,99	6,29
b) Salzbergbau		
in Oberbergamtsbezirk Halle	8,25	6,81
in Oberbergamtsbezirk Clausthal	8,25	6,98
c) Erzbergbau		
in Mansfeld (Kupferschiefer)	7,57	5,50
in Oberharz	6,33	5,67
in Siegen	7,10	5,52
in Nassau und Wehlar	6,13	5,19
d) Braunkohlenbergbau		
in Oberbergamtsbezirk Halle:		
ostfälischer	7,07	5,54
westfälischer	7,65	5,55
rhur-scheimischer	8,48	7,19

Bei vorstehenden Lohnzahlen handelt es sich, wie bereits betont, um schematische Durchschnittserrechnungen, die für die praktische Entlohnung des einzelnen Bergmannes wenig befagen. Immerhin geht auch aus diesen Ziffern die generelle Verschlechterung der Schichtverdienste seit 1929 hervor, da sich in den Lohnunterschieden das Ergebnis der wiederholten Lohnabbauaktive widerspiegelt. Der verringerte Schichtlohn in Verbindung mit der gewaltig verringerten Schichtenzahl ergibt den Effektivlohn des Bergmannes, der, wie aus den zahlenmäßigen Gegenüberstellungen hervorgeht, erheblich gesunken ist.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich nun aus den angeführten, wenig erfreulichen Tatsachen? Jeder halbwegs vernünftige Mensch wird die ungeheure Schmälerung des Bergarbeiterlohnes als furchtbar und wirtschaftsverheerend finden müssen. Wenn heute in den Bergbaurevieren nur noch die Hälfte, teilweise nur ein Drittel der Lohnsummen von 1929 ausgezahlt werden, dann muß Handel und Wandel darniederliegen. Die wirtschaftliche Belebung muß ausbleiben, weil die belebende Kaufkraft, die Voraussetzung für jeden wirtschaftlichen Anstieg, fehlt. Angesichts der wirtschaftlichen Not in den Bergbaubezirken sollte man meinen, daß alle, die sich noch einen Funken Verstand für die wirtschaftlichen Vorgänge bewahrt haben, dieser Auffassung huldigen, um so mehr, weil sämtliche bisherigen Lohnabbaumaßnahmen das Wirtschaftsleben nicht gemildert, sondern nur gesteigert haben.

Über entgegen allen katastrophalen Erfahrungen und ungeachtet der erschütternden Notlage der Bergarbeiter meinte die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 6. Januar:

„Die gesamte deutsche Wirtschaft muß sofort von allen Fesseln befreit werden. Jeder, sowohl Arbeiter wie Angestellter und Unternehmer soll sich sein Brot dort suchen, wo er es am besten findet. Alle Tarifverträge und sonstige die Produktion hemmenden Einrichtungen müssen beseitigt werden. Auch Kartelle müssen gelockert werden, wo sie der unbedingt notwendigen Preislenkung entgegenstehen.“

Wenn also nach dem Willen der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ gearbeitet werden soll, dann wird die Verleumdungspolitik nicht abgestoppt, sondern rücksichtslos weiter betrieben. Dann werden die einzigen Schutzwälle gegen eine maßlose Verleumdung der Arbeiterklasse, die Tarifverträge, auch noch beseitigt. Man denke nur an den schwebenden Lohnkonflikt und die Absperrung in der Siegerländer Metallindustrie.

Aber noch eine weitere Bemerkung ist in diesem Zusammenhang notwendig. Die Zeit von 1929 bis 1932, in der sich das

Bergarbeiterlohn so katastrophal verschlechterte, diese Zeit ist die Periode, in der die siegreiche Hitlerbewegung den „Marxismus“ überwand. Diese Zeit ist die Periode, in der Nationalsozialisten und Kommunisten parlamentarische Mehrheiten eroberten. Diese Zeit ist eine Periode, die politisch gekennzeichnet ist durch den Weg von Hermann Müller zu Herrn von Papen. Diese Zeit ist eine Periode, in der KPD. und RSD. mit ihrem gehässigen Kampf gegen die reformistische Gewerkschaftsarbeit gewisse Erfolge zu verzeichnen hatten.

Die wirtschaftliche und soziale Reaktionsperiode, die die Bergarbeiter seit 1929 erleben mußten, hat aber nicht nur schlechte Seiten. Viele Arbeiter, die an eine Organisation und antilohnpolitische Errungenschaften nicht glaubten, sind eines Besseren belehrt worden. Die furchtbare Notzeit ist zugleich für viele zu einer fruchtbaren Lehrzeit geworden. Die Tatsache, daß jetzt in allen Bezirken unseres Verbandes Neuzugänge zu verzeichnen sind, zeigt uns, wie sehr die Erkenntnis und der Organisationswille wächst. Damit aber wachsen gleichzeitig die Kräfte, die sich gegen den sozialen Verleumdungskurs zur Wehr setzen und eine Ueberwindung der privatkapitalistischen Ausbeutung erstreben.

An die Verbandsmitglieder!

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 46 bis 49 des Verbandsstatuts wird hiermit die

28. Generalversammlung

unseres Verbandes auf Sonntag, den 11. Juni 1933 und folgende Tage nach Bochum einberufen. Die Eröffnung der Generalversammlung erfolgt am Sonntag, dem 11. Juni 1933, nachmittags 5 Uhr, im großen Saale des städtischen Parkhauses in Bochum. Die eigentliche Tagung wird am Montag, dem 12. Juni, vormittags 9 Uhr, in demselben Lokal beginnen und bis zum 15. Juni dauern.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung.
2. Festlegung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Geschäftsberichte für die Jahre 1930, 1931 und 1932:
 - a) Bericht der Verwaltung;
 - b) Kassenbericht;
 - c) Bericht der Redaktion;
 - d) Bericht des Kontrollausschusses;
 - e) Bericht über die Gewerkschaftskongresse und den Internationalen Bergarbeiterkongress.
4. Aenderung des Verbandsstatuts.
5. Die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau.
6. Die Verstaatlichung des Bergbaues.
7. Wahl der Delegierten zum Gewerkschafts- und Internationalen Bergarbeiterkongress.
8. Wahl des Vorstandes, des Beirates, der Redaktion und des Kontrollausschusses.
9. Beratung der noch nicht erledigten Anträge und Entgegennahme des Berichtes der Beschwerdekommision.
10. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Nach § 48 des Statuts setzt sich die Generalversammlung aus 150 Delegierten zusammen. Diese Delegierten sowie die doppelte Anzahl von Ersatzmännern sind im ganzen Verbandsgebiet zu wählen. Für die Delegiertenwahl wird die Mitgliederzahl vom 31. Dezember 1932 in der Weise zugrunde gelegt, daß mindestens 48 Wochenbeiträge für jedes Mitglied zu berechnen sind. Die Bezirksleitungen haben die Mitgliederzahl nach Jahresabschluss schnellstens zusammenzustellen und dem Vorstand zu übermitteln. Es erfolgt dann die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke. Daraufhin haben die Bezirksleitungen die Wahlabschlüsse einzuteilen und spätestens bis zum 14. Februar 1933 an uns einzusenden.

Die Wahl der Delegierten und deren Ersatzmänner erfolgt im ganzen Verbandsgebiet am Sonntag, dem 2. April 1933, von 2 bis 6 Uhr nachmittags. Bei der Wahl sind die Bestimmungen der Wahlordnung, welche in Nr. 2 unseres Verbandsorgans veröffentlicht ist, streng zu beachten.

Als Delegierte können nach § 48 Ziff. 1 des Statuts nur Mitglieder gewählt werden, die unserem Verbande mindestens zwei Jahre ununterbrochen angehören. (Siehe jedoch § 14 Ziffer 8 und § 37 Ziffer 3 des Statuts.) Stimmen, die auf Mitglieder entfallen, die nach § 48 nicht wählbar sind, sind ungültig. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied in der Zahlstelle, wo es wohnt und wenn es bis zum Wahltag bereits vier volle Wochenbeiträge oder 26 Ausgescheuerten- oder Arbeitslosenbeiträge entrichtet hat. Es darf auch nicht länger als höchstens vier Wochen mit den Beiträgen im Rückstande sein. (Siehe jedoch § 5 Ziff. 1a, § 13 und § 14 Ziff. 8 und 9 des Statuts.)

Außer den gewählten Delegierten haben an der Generalversammlung teilzunehmen: die Mitglieder des Vorstandes, des Beirates, des Kontrollausschusses, die Redakteure der Verbandsorgane und die Bezirksleiter.

Der Vorstand wird die Abänderungsanträge zum Verbandsstatut ausarbeiten und in der Nr. 5 vom 4. Februar 1933 dieser Zeitung veröffentlichen und sie damit zur Diskussion stellen.

Nach § 49 Ziff. 1 des Statuts können Anträge zur Generalversammlung vom Vorstand, von den Bezirkskongressen und

den Mitgliederversammlungen gestellt werden. Bei der Einladung der Mitglieder zu den Mitgliederversammlungen ist anzugeben, daß zur Generalversammlung des Verbandes Stellung genommen und Anträge gestellt werden sollen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß Anträge zum Statut von den Zahlstellenstellungen bis zum 1. März 1933 an die zuständige Bezirksleitung einzuliefern sind, damit sie in den vom 5. März bis 26. März 1933 im ganzen Verbandsgebiet stattfindenden Bezirkskonferenzen beraten werden können. Anträge zum Statut können der Generalversammlung nur dann vorgelegt werden, wenn sie die Zustimmung der Bezirkskonferenzen erhalten haben. Die von den Bezirkskonferenzen genehmigten Anträge zum Statut sind der Verbandsleitung bis zum 31. März 1933 zu übermitteln. Anträge, die zu den Punkten 1 bis 3 und 5 bis 10 der Tagesordnung gestellt werden, sind dem Vorstand bis zum 1. März 1933 einzuwenden.

Die Anträge müssen getrennt von sonstigen Mitteilungen eingehandt werden. Das Papier ist nur auf einer Seite zu beschreiben. Bei jedem Antrag ist der Name des Bezirks oder der Zahlstelle, der Tag, an welchem der Beschluß gefaßt ist, der Punkt der Tagesordnung und bei den Anträgen zum Statut der in Frage kommende Paragraph anzugeben. Ferner müssen

die Anträge mit dem Stempel und der Unterschrift der Bezirks- oder Zahlstellenleitung versehen sein. Anträge, die den vorstehenden Bedingungen entsprechen und rechtzeitig beim Vorstand eingelaufen sind, werden dann zusammengestellt und den Zahlstellenverwaltungen (§ 49 Ziff. 3 des Statuts) sowie den Teilnehmern der Generalversammlung zugestellt.

Alle später einlaufenden Anträge oder solche, die den Bestimmungen des Statuts nicht entsprechen, können in die Vorlage nicht aufgenommen werden.

Nach § 36 Ziffer 3 des Statuts können Zahlstellen und Mitglieder, die den Kontrollauschuß angerufen haben und mit dessen Beschluß nicht zufrieden sind, die Generalversammlung als letzte Instanz anrufen. Die Beschwerdeschrift muß jedoch mindestens eine Woche vor Beginn der Generalversammlung, also bis zum 4. Juni 1933, im Besitze des Vorstandes sein.

Zum Schluß machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die Generalversammlung nicht am 25. Juni, wie zuerst vorgesehen, sondern 14 Tage früher, also am Sonntag, dem 11. Juni 1933, stattfindet.

Bochum, den 24. Januar 1933.

Der Verbandsvorstand. J. U.: Fr. Hufemann.

Der Verbandsbeitrag.

»Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!«
So hört man diesen oder jenen sagen.
Wer dieses sagt, bedenkt nicht, was er spricht,
Er will gewinnen, ohne was zu wagen,
Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid,
Der nicht als Taler in sein Konto gleitet,
Doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit,
Was der Verband ihm mühevoll erstreitet.

»Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!«
Ein Wort fürwahr, das seinen Sprecher richtet,
Ist es dir gleich, wenn dein Verband zerbricht?
Wenn deinen Schutz das Kapital vernichtet?
Mit Hitlers Hilfe ist es drauf und dran,
Dein Bollwerk gegen Lohndruck zu zerstören.
Mißachtet wie ein Kuli wirst du dann,
Denn Ohnmacht kann sich nimmermehr empören.

»Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!«
Kann man mit Männern, die dies Wort betreten,
Die Welt erobern, Freude, Brot und Licht,
Wenn sie ein Opfer darzubringen scheuen?
Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht,
Sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen.
Drum gilt es, Freund, im täglichen Gefecht
Das Schwert der Tat mit Opfersinn zu wetzen!

Victor Kalinowski.

Gewerkschaften und Rationalisierung.

Demagogie der Deutschen Bergwerks-Zeitung zum Stilllegungsstand im Ruhrgebiet.

Bei Gott und den Redakteuren der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (DBZ) ist kein Ding unmöglich. Obwohl sich die Gewerkschaften, insbesondere aber unsere Verbandsvertreter, von Anfang an der Stilllegung hochmoderner Schachtanlagen auf das schärfste widersetzen und gegen den Stilllegungsplan der Zechen Sachsen, Neumühl und Rheinpreußen alle möglichen Schritte unternahmen, bemüht sich nämlich jetzt die DBZ, um den Nachweis, daß die Ursache zu diesem Stilllegungsstand nicht in dem privatkapitalistischen Quotenschacher, sondern in der wirtschaftspolitischen Haltung der Gewerkschaften zu suchen ist! Man lese und staune:

„Was sich in Heßen und Duisburg unter dem Druck der wirtschaftlichen Not abspielt, das haben die Gewerkschaften — wir meinen die sozialdemokratischen — einst selbst gefordert. Im Februar 1926 entwidmeten sie in ihrer Schrift: „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ ein Rationalisierungsprogramm, in dem es wörtlich heißt: „Gemäß der Erkenntnis von der Bedeutung der Rationalisierung als Aufgabe des Gesamtgewerbebezweiges mit dem Ziel der Konzentration der Produktionsstätten muß mehr als bisher der Fall war, auch gehandelt werden. Privatwirtschaftliche Hemmungen für diesen Rationalisierungsprozeß müssen überwunden werden.“ Wenn nun die Haniel-Verwaltung die Uebertragung der Heßener Quote nach Duisburg beabsichtigt, dann liegt das also durchaus in der Linie dieses von den Gewerkschaften einst selbst empfohlenen Rezeptes. Wollten die Gewerkschaften sich treu bleiben, müßten sie eigentlich die Uebertreibung der Haniel-Verwaltung nicht betämpfen, sondern unterstützen. Statt dessen wettern ihre Vertreter in den Parlamenten und Gemeindevertretungen gegen den Kapitalismus und gegen den unmoralischen Quotenhandel.“

Soweit das schwerindustrielle Sprachorgan, die DBZ, vom 15. Januar 1933. Zum sozialistischen Male sieht man damit dem Befehrskreis dieser Zeitung das Märchen auf, die Gewerkschaften hätten durch ihre Rationalisierungsforderungen die standstillen Mißstände im Wirtschaftsleben mitverschuldet; eine Behauptung, die übrigens nicht nur in den Unternehmerzeitungen, sondern auch in der nationalsozialistischen und kommunistischen Sektpresse immer wieder auftaucht. Sehr zu Unrecht! Daß die Gewerkschaften auch heute noch zu ihren Forderungen von 1926 stehen können und ihnen für die Kapitalfehlleitung und sonstigen Auswüchse keine Mißschuld beigemessen werden kann, ergibt sich aus dem Studium der gesamten Denkschrift und nicht aus einem Zitat, wie es die Unternehmerpresse fälschlicherweise mißbraucht.

Zum Beweis hierfür seien nur einige Ausführungen von Professor Raue erwähnt. Dieser hervorragende Wissenschaftler schrieb vor einiger Zeit über die Stellung der Gewerkschaften zur Rationalisierung in einer Abhandlung in der Zeitschrift „Der Heimadient“ u. a. folgendes:

„Rationalisierung! Das bedeutet für die einen die Steigerung des Leistungsgrades der Wirtschaft mit allen Mitteln der Technik und der Organisation, ein Höchstmaß an Herstellung, ein Optimum an Verteilung, Rationalisierung! Das war die ökonomisch-technische Abwandlung der imperialistischen Idee, der Versuch, die Welt auf wirtschaftlichem Wege zu erobern, da ihrer politischen Unterwerfung nunmehr ein starker Wall von Verträgen entgegenstand. Rationalisierung! Das war die Hoffnung

auf ein Mehr an Gütern, auf Verschönerung des Daseins, auf Steigerung des Lebensgefühls, es war die Freude an Tempo und Menge, die Aussicht auf Verkürzung und Erleichterung der Arbeitsfron, und meistens alles zugleich.

Nur die organisierte Arbeiterschaft hat diesen Rationalisierungstaumel nicht mitgemacht. Schon frühzeitig hat sie die Bedingungen erkannt, unter denen die sozialen und kulturellen Wirkungen eintreten würden, die von der Rationalisierung erwartet wurden. Das gilt für die Gewerkschaften aller Länder und aller Richtungen, insonderheit für die deutschen Organisationen der Arbeiterschaft. Die größte unter ihnen, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, hat in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund im Februar 1926 unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ eine Denkschrift veröffentlicht, die für die Stellung der Gewerkschaften zur Rationalisierung symptomatisch ist. In ihr wird zunächst mit Recht darauf hingewiesen, daß die Rationalisierung von der Mehrzahl ihrer Befürworter „in der Regel nur als ein technisches Problem der Arbeitsintensivierung angesehen wird“. Die marktpolitische Seite der Rationalisierung, die ökonomische Rationalisierung, werde meist vernachlässigt oder gänzlich übersehen. Die Rationalisierung habe aber nur dann einen Sinn, wenn mit der technischen Rationalisierung die Markterweiterung Hand in Handginge. Deshalb müsse die Rationalisierung von einer entsprechenden Preislenkung und Lohnerhöhung sowie von einer Erweiterung des Absatzraumes begleitet sein. Leider sei von einer derartigen planmäßigen Rationalisierungsleistung bisher wenig zu hören. „In der bisherigen Richtung fortgeführt, muß der Rationalisierungsprozeß zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Verschärfung der Abfahrtslinie führen.“

Die weltwirtschaftliche Entwicklung hat dieser Voraussage der Gewerkschaften nur allzu recht gegeben. Der Zusammenbruch zahlloser Betriebe, die Arbeitslosigkeit von etwa 25 Millionen, ist zu einem wesentlichen Teile die Folge einer Rationalisierungs-wut, die den wirtschaftlichen Bedingungen des technischen Fortschritts keine Rechnung trug. Noch niemals war die Leistungsfähigkeit so groß, der Produktionsapparat so vollkommen, noch nie waren die Mittel zum Absatz und Umsatz so durchdacht wie in der Gegenwart. Noch niemals ist auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit größer gewesen!

Professor Raue der als unbefangener Wissenschaftler stellt demnach genau das Gegenteil von dem fest, was die Redakteure der DBZ, die Nationalsozialisten und Kommunisten aus der Denkschrift des ADGB herauslesen. Tatsächlich haben die Gewerkschaften die Rationalisierung nur insofern befürwortet, als sie durch Preislenkungen und Lohnerhöhungen, also durch eine Kaufkraft züchtung den wirtschaftlichen Fortschritt fördern sollte. Reineswegs aber haben sie sich für die übertriebene Technisierung und Kapitalfehlleitung eingesetzt, die das Gegenteil einer rationalen Wirtschaftsführung bedeutet. Trotz dieser eindeutigen und selbstverständlichen Haltung der Gewerkschaften werden die Gegner immer wieder diese anti-gewerkschaftlichen Märchen verbreiten, da es den Verfassern nicht auf die Verbreitung der Wahrheit, sondern nur auf die Verunglimpfung der Gewerkschaften ankommt!

Die internationale Bierzigstundenwoche.

Genf, den 17. Januar 1933.

Seit dem 10. Januar tagt in Genf die sogenannte Technische Vorkonferenz. Ihre Aufgabe ist, der im Mai 1933 tagenden Arbeitskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes Vorschläge für ein internationales Abkommen über die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung zu machen. Im Augenblick, da wir dieses schreiben, stehen die Verhandlungen noch im ersten Stadium, das heißt in der Generaldebatte. Wenn trotzdem im nachfolgenden über diese erste Phase der Verhandlungen kurz berichtet wird, so weil bereits die ersten Tage der Generaldebatte den heiß umstrittenen gegensätzlichen Standpunkt der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und die Stellungnahme der Regierungen der einzelnen großen Staaten erkennen ließen.

Betreten sind in Genf insgesamt 34 Länder, von denen jedoch nur 18 eine volle Delegation, bestehend aus Vertretern der Regierungen und der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, entsandt haben. 16 Länder beschränkten sich darauf, nur ihre Regierungen vertreten zu lassen. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die besonders von der Arbeitslosigkeit erschüttert sind und die besonders zu internationalen Regelungen drängen sollten, beschränkten sich auf einen Beobachterposten. Ihr Genfer Konsul wohnt den Verhandlungen bei, mehr nicht. Sowjetrußland lehnt die Beteiligung unter dem billigen Vorwand ab, daß es teilgenommen hätte, wenn diese Konferenz am gleichen Ort und zur gleichen Zeit wie die Weltwirtschaftskonferenz stattgefunden hätte.

Der Kampf geht nicht nur um die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt, sondern zugleich um das eng verbundene Lohnproblem, den Lohnausgleich. Daß die Bierzigstundenwoche nicht nur eine soziale, sondern auch eine industrielle und ökonomische Notwendigkeit ist, kann niemand den Arbeitgebervertretern

bestreiten. Das stürmische Anwachsen der Produktionskapazität in Verbindung mit spärlicher Betriebswirtschaft und die strukturellen Verschiebungen in den Wirtschaften aller modernen Staaten haben die Arbeitslosigkeit weit stärker steigen lassen, als in den konjunkturellen und politischen Störungen der Weltwirtschaft begründet ist. Eine Riesenschar von Arbeitslosen steht vor dem Schicksal, selbst bei einem Ansteigen der Konjunktur aus dem in den Jahren 1928-29 beobachtete Maß kaum Beschäftigung zu finden. Eine Wirtschaft, die den Leistungseffekt der modernen Produktionskapazität reibungslos, d. h. ohne Massenarbeitslosigkeit, in den Konsum überführt, kann nur auf zwei Wegen gefunden werden: entweder Steigerung der Massenkaukraft, um den Leistungsertrag einer normalen Achtundvierzigstundenarbeitswoche verbrauchen zu können oder, bis dieses Ziel erreicht ist, Herabminderung der Arbeitszeit, um dem Ausgleich zwischen Produktion und Konsum möglichst nahezukommen.

Theoretisch leugnet dieses niemand, auch nicht die Arbeitgebervertreter. Die Not der Arbeitslosen ist so groß und damit in allen Ländern für die Regierungen und Arbeitgeber ein so drohender Unruhefaktor, daß kein halbwegs vernünftiger Mensch die bestehenden Verhältnisse verteidigen kann. Daß die Neben aller auf dem Kongreß die Notwendigkeit einer befriedigenden Lösung anerkennen, ist daher eine glatte Selbstverständlichkeit. Aber diese theoretische Einsicht nützt nichts, weil sie praktisch alle gemeinsamen Lösungsvorschläge ablehnt. Die Arbeitgeber lehnen eine internationale gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit mit großer Entschiedenheit ab. Die Begründung ist die in allen Ländern längst gewohnte Hemmung der notwendigen Beweglichkeit der Wirtschaft, Verteuerung der Produktion, Facharbeitermangel, absolute Undurchführbarkeit, insbesondere in den kleineren Betrieben und für gewisse nur in geringerer Zahl beschäftigte Facharbeiter. So legt jede Rede

eines jeden Arbeitgebervertreters der Forderung nach der Bierzigstundenwoche das glatte „Unmöglich“ entgegen.

Diese Situation wird dadurch verschärft, daß die Arbeitnehmervertreter die Forderung erheben, daß die Arbeitszeitverkürzung vom Lohn her auszugleichen werden muß. Immer wieder wird betont, daß die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Stundenlöhnen zu einem noch weiteren Absinken der Kaufkraft der breiten Massen führen muß, eine Wirkung, die nicht nur für den einzelnen Arbeiter sozialpolitisch unerträglich ist, sondern zugleich wirtschaftspolitisch eine große Gefahr bedeutet. Sie würde zu einer noch weiteren Schrumpfung von Kaufkraft und Konsum und damit zu noch größerer Arbeitslosigkeit führen. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich würde durch vermehrte Arbeitereinstellung lediglich zu Ersparnissen der öffentlichen Hand an den jetzt gezahlten Unterstützungssummen führen und die den Arbeitern insgesamt zur Verfügung stehende Kaufkraft zum mindesten unverändert lassen. Der Kampf um den Lohnausgleich der für die Erhaltung der Kaufkraft des einzelnen Arbeiters unentbehrlich ist, verschärft die Lage auf der Konferenz außerordentlich. Während die Arbeitgebervertreter dazum, daß gerade eine internationale Regelung, die das Lohnproblem mit dem Arbeitszeitproblem verbindet, eine sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch zweckvolle Lösung ermöglicht, wenden sich die Arbeitgeber mit größter Schärfe dagegen. Die Arbeitgeber meinen, Kostenlenkung, immer weitere Deflation sei die einzig mögliche Lösung, während der von den Gewerkschaften geforderte Lohnausgleich zu immer weiterer, jede Krisenüberwindung föhrender Kostenlenkung führe. Folgt man einem akademischen Vortrag der österreichischen Arbeitgebervertreter, so liegt die Ueberwindung der Wirtschaftskrise eigentlich bei einer Verlängerung der Arbeitszeit.

Das ist der Stand des Meinungs-austausches nach fünftägiger Debatte, einer Debatte, die zeigt, daß der Lohnausgleich von einem Teil der Arbeitgebervertreter zu einem taktischen Kampfmittel gegen die Arbeitszeitverkürzung benutzt wird. Sie erklären: natürlich muß der Lohnausgleich die logische Voraussetzung für eine internationale gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit sein, ein internationales Abkommen muß beides einheitlich umfassen. Was aber für die Arbeitnehmervertreter eine sich aus den Verhältnissen ergebende ernste Forderung ist, wird von den Arbeitgebern lediglich als ein taktisches Abwehrmittel aufgegriffen. Könnte vielleicht eine Mehrheit sich finden für den Vorschlag einer Bierzigstundenwoche, so soll die Forderung nach dem Lohnausgleich entweder die Mehrheitsbildung auf der Konferenz oder aber für den Fall des Zustandekommens eines internationalen Abkommens dessen spätere Ratifizierung durch die einzelnen Staaten erschweren oder gar unmöglich machen.

So stehen sich, wie nicht anders zu erwarten, die Auffassungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf der Konferenz unvereinbar gegenüber. Den Ausschlag für ein Mehrheitsvotum geben die Vertreter der Regierungen. Die englische Regierung ist Gegner eines Abkommens. Sie läßt erklären, daß für sie eine Arbeitszeitverkürzung ohne den Lohnausgleich unannehmbar sei. Letzteres könne man der englischen Wirtschaft jedoch infolge der Konkurrenz des Auslandes, namentlich der fernöstlichen Länder, nicht zumuten. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bedeute den Kampf der Gewerkschaften um das Lohnniveau, also Zerstörung bzw. Kampf um die Tarifverträge und damit tiefgreifende soziale Unruhen. Die französische Regierung pendelt zwischen den auf sie einwirkenden Gewerkschaften und den jede Arbeitszeitverkürzung schroff ablehnenden Unternehmerverbänden. Auch sie sucht den Ausweg darin, daß sie den Lohnausgleich zur Voraussetzung der Arbeitszeitverkürzung machen will. Sie hofft damit ohne jeden Zweifel den Bestrebungen nach Arbeitszeitverkürzung einen Damm entgegenzusetzen. Hier liegt auch die Begründung, warum Italien mit seinem Vorschlag, eine internationale Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen, den weiteren Vorschlag verband, zugleich den Lohnausgleich durchzuführen. Nicht Einsicht in die soziale Lage des Arbeiters und den Zusammenhang der Wirtschaftspolitik diktiert diesen „sozialpolitischen“ Vorstoß Mussolinis, sondern die Absicht, die tatsächliche Arbeitszeitverkürzung durch ihre Verbindung mit dem Lohnproblem zu verhindern. Von Mussolini sollte der Vorschlag zu einer vernünftigen Tat zur Bekämpfung der Weltkrisis ausgehen und dieser „großherzige“ Vorschlag sollte zerfallen am Widerstand der übrigen Länder.

So mischen sich bisher auf der Genfer Konferenz die Dinge recht merkwürdig. Der Lohnausgleich steht im Vordergrund der Debatte; von den einen als ehrliche, sozial- und wirtschaftspolitisch bedingte Forderung erhoben, ist er anderen ein Mittel, um den positiven Erfolg der Konferenz zu erschweren oder zu vereiteln. Noch ist die Generaldebatte nicht abgeschlossen. Wird es zur Spezialdebatte und damit zu praktischen Vorschlägen für die vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Einzelfragen kommen? Die Gewerkschaften haben beantragt, vor Eintritt in die Einzelberatungen über die Frage des Lohnausgleichs zu entscheiden. Inzwischen gehen die Bemühungen der Regierungenvertreter einiger Länder, besonders Deutschlands, dahin, einen Abschluß der Generaldebatte zu erreichen, der ein Zuspätkommen der Konferenz verhindert.

Klassenkampf mit der Dreifschleuder.

Fälscher und Lumpen in Front.

„Erwache, Volk, erwache!“ Dieser alte schöne Ruf aus dem noch schöneren Kampfliede der freien Arbeiterjünger kann heute nicht oft und laut genug ertönen. Große Teile des Volkes döfen und schlafen und sehen nicht die Zeichen der Zeit. Jeder fühlt zwar, daß es um Sein oder Nichtsein geht; aber nur ein Teil des Volkes zeigt genügend Kraft und Kampfbereitschaft zur sieghaften Selbstbehauptung. Millionen sind es, die zwischen den Kampffronten hin- und herpendeln und keinen festen Anschlag finden. Sie lassen sich vom Alltag treiben. Mal rechts, mal links, mal in der Mitte, wie sie es gerade irgendwo und irgendwie gehört oder gelesen haben.

Und wie sie selbst sind, so beurteilen sie auch andere. Sie können es nicht fassen, daß es Menschen gibt, Kämpfer, millionenfach vereint, die einen steten Kurs steuern, unterschütterlich, jahrzehntelang, hin auf ein einzig großes geschichtliches Ziel, unabhängig von zufälligem Zeit- oder gar Tagesgeschehen. Nein, sie fassen das nicht. Sie glauben, daß alle so weiterwändig und wandelmütig seien wie sie selbst. Aber sie wissen auch an sich selbst, daß auf solche Menschen kein Verlaß ist. Und deshalb trauen sie auch den anderen nicht. Auch wenn dieselben jahrzehntelang ihre Zuverlässigkeit bewiesen haben. Sie glauben eben an den Wandel, an den Unfall, an den Verrat.

Das machen sich natürlich die Demagogen von links und rechts zunutze, die leben ja nur von diesen Wandelmütigen, die einmal hier, einmal dort sich einfinden. Und diesen Demagogen kommt es deshalb darauf an, alle die schwankenden Gestalten für sich zu gewinnen. Sie brauchen sie ja nur für einen einzigen Tag, für den Wahltag! Sie wollen dann von ihnen die Stimme haben. Und darauf stellen die Demagogen alles ab.

Sie bestärken die Wandelmütigen in ihrem Mißtrauen zur großen geschichtlichen Kampffront um die Befreiung des Volkes. Von Haß getrieben, wählen sie Lüge und Verleumdung als Mittel, die ewig Mißtrauischen zu ködern. Diese Mittel werden in dieser Zeit am meisten angewendet gegen die deutsche Gewerkschaftsfront. Sie ist das letzte und stärkste Bollwerk des schaffenden Volkes gegen Herrenwillkür, Diktaturgellüste und Ausbeutung. Mit ehrlichem, offenem Kampf war sie nicht zu überwinden. Was so nicht gelang, soll jetzt Lüge und Verleumdung bringen.

In Anwendung dieser Mittel wetteifern die Gegner von links und rechts. Und die Lügen und Schufstigkeiten sind oft so plump und offensichtlich, daß man manchmal nicht weiß, ob man die unverfrorene Frechheit und Schlechtigkeit der Verleumder mehr bewundern soll oder die Laifschheit, daß es auch noch Menschen gibt, die darauf hereinfallen. Diesbezügliche Feststellungen zu machen, boten gerade die letzten Wochen reichlich Gelegenheit. Wir erinnern nur an den Schwindel, wonach zwischen

Gewerkschaften und Nazis

Verhandlungen stattgefunden hätten zwecks Schaffung einer gemeinsamen Front. Der Schwindel fand für die Dummen, Gutgläubigen und Wandelmütigen eine scheinbare Bestätigung in einem angeblichen Rundschreiben der Nazi-Partei (Gau Groß-Berlin) an die Münchener Reichsleitung. In diesem Rundschreiben wurde auch eine „Fühlungsnahme“ des „Sachwalters“

des UGB, Franz Josef Furtwängler mit Gregor Straßer behauptet. Diese Fühlungsnahme hat niemals stattgefunden! Der Bundesvorstand hat es am gleichen Tage festgestellt. Über diese Erklärung hat die Klatschballe männlichen und weiblichen Geschlechts, die an der Verdächtigung und Verleumdung der Gewerkschaften Gefallen finden, offenbar nicht berührt.

In solchen Klatschbasen fehlt es nicht innerhalb wie außerhalb der Arbeiterbewegung. Ihre Geschäftigkeit wird geschürt von der kommunistischen Partei, der es bei ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften auf eine Lüge, auf eine Verleumdung mehr oder weniger nicht ankommt, wenn sie nur ihr Ziel erreicht, die Arbeiter mit Mißtrauen gegen ihre Führer zu erfüllen. Die Rechnung der kommunistischen Parteileitung ist sehr einfach: Je größer das Elend der Arbeiter ist, um so mehr wachsen ihre Chancen, Nuhnheier der Verzweiflung der Massen zu sein!

Wenn es dagegen den Gewerkschaften gelänge, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm auch nur teilweise durchzusetzen, wenn sie auch nur in Stande wären, jene Notverordnungen zu beseitigen oder zu mildern, die der Wirtschaft nicht helfen und das Massenelend nur steigern, so wäre es auch mit den „Erfolgen“ der KPD vorbei. Daher die tödliche Feindschaft der KPD gegen die Gewerkschaften.

Die KPD. will keine Arbeitsbeschaffung.

Sie will den Weg aus der Krise mit allen Mitteln politischer Unruheigung verrammeln, sie will „totale Opposition“, d. h. totalen Verzicht auf produktive Politik.

Die sozialpolitischen Bestimmungen und Ermäßigungen der Verordnungen vom 4. und 5. September sind gefallen. Der

Widerstand, den die organisierte Arbeiterschaft unter der Führung der Gewerkschaften in den letzten Monaten gegen diese widerwärtige Politik geleistet hat, war erfolgreich. Papen ist nicht zum zweitenmal Reichskanzler geworden. Mit seinem Sturz sind zunächst einmal die Hoffnungen seiner Anhänger auf eine reaktionäre Umgestaltung der demokratischen Verfassung aufgehoben geworden. Damit ist der Weg frei für eine produktive Politik, für die unverzügliche Inangriffnahme der zentralen Aufgabe aller deutschen Staatskunst in der gegenwärtigen Situation: die Arbeitsbeschaffung. Die Regierung v. Schleicher hat unter dem Druck der organisierten Arbeiterschaft auf mehr als einem Gebiet den Bruch mit dem Papen-Kurs vollziehen müssen. Der Reichskanzler hat erklärt, daß der ganze Inhalt seines Programms sich auf einen Punkt konzentriert: die Schaffung von Arbeit. Das sind Worte, gewiß. Aber es ist die Aufgabe der Gewerkschaften aller Richtungen, unter dem Einfluß ihrer ganzen Kraft dafür zu sorgen, daß es nicht bei Worten bleibt. Es muß endlich Ernst gemacht werden mit dem planmäßigen Kampf gegen das unerträgliche Elend der letzten Jahre. Jede Parteipolitik, die sich nicht ganz in den Dienst dieses Zieles stellt, leistet nur jenem Kapitalismus Vorschub, der aus der Verewigung der Not Kapital für das politische Prestige schlagen will. Die kommunistische Parteileitung und alle die radikalen Phrasendrescher auf der äußersten Rechten und Linken, die mit ihr bemüht oder unbewußt an einem Strang ziehen, würden sich selbst verleugnen, wenn sie diesen Zeitpunkt nicht zu dem Versuch benutzen, die politische Stöckkraft der Gewerkschaften zu erschüttern, das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Führern zu untergraben. In diesen Kreisen, denen jede Diffamierung der Gewerkschaften ein gefundenes Fressen ist, müssen daher auch der Verfasser und die Verbreiter jener gefälschten Protokolle gesucht werden, die in den letzten Wochen von Hand zu Hand weitergereicht wurden und deren von A bis Z erlogener Inhalt schmähtlicher- und beschämenderweise auch bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftscollegen Glauben findet.

Die Ziele der Gewerkschaften.

Ihre Arbeit und ihr Kampf vollzieht sich im hellsten Licht der Öffentlichkeit. Ihre Stellungnahme in den letzten Monaten war eindeutige und entschiedenste Gegnerschaft gegen den reaktionären Kurs der Regierung von Papen. Sie haben es bei hundert Gelegenheiten in Wort und Tat bekundet. Ihre Kampforganisationen standen in den Reihen der Eisernen Front, bereit zur Abwehr des faschistischen Terrors. Die organisierten Arbeiter haben in den Betrieben den Versuchungen von rechts und links, kommunistische und nationalsozialistische Betriebszellenorganisationen aufzubauen, ein klägliches Fiasko bereitet.

Die Führung der Gewerkschaften hat mit unerbittlicher Folgerichtigkeit gegenüber der Regierung von Papen an den Grundgedanken ihrer Politik festgehalten, die auf die Forderung umfassender Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand, auf die Erhaltung der Grundlagen des Arbeitsrechts und damit auf die Freiheit der Gewerkschaften auch gegenüber dem Staat konzentriert war. Sie hat mit großem Nachdruck und Erfolg ihre Auffassung der politischen Situation verteidigt, als der neue Reichskanzler von der Bendlerstraße in die Wilhelmstraße übersiedelte. Die Führer der Gewerkschaften haben also mit ihren Ansichten nicht hinter dem Berge gehalten.

Theodor Leipart, der am meisten von allen das Ziel verlogener und würdeloser Angriffe ist, hat sich gerade in den Wochen vor der letzten Wahl mit eindeutiger Schärfe öffentlich zu dem Ziel bekant, dem seine ganze Lebensarbeit diente, zu dem Ziel eines freien sozialistischen Deutschlands!

Er hat sich mit solcher Bestimmtheit gegen jeden offenen und verkappten Faschismus ausgesprochen, daß alle, die diese klare Sprache nicht verstehen, entweder hoffnungslose Narren oder böswillige Ehrabschneider sein müssen. Der Fälscher der angeblichen Protokolle mag wählen, in welche Gruppe er gehört. Vielleicht, wahrscheinlich gehört er beiden an. Wenn wir noch einmal auf

Die gefälschten Protokolle

zurückkommen, geschieht es daher nicht, um Männer, die jahrzehntelang in der sozialistischen Arbeiterbewegung stehen und längst zu den führenden Gestalten ihrer Geschichte, zu den Baumeistern ihrer Organisationen gehören, in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Das wäre gegenüber einem elenden Nichts zuviel! Wir greifen diesen Quark nur auf, um die Selbstbescheidenheit mancher Kreise in der Arbeiterbewegung, insbesondere der politischen Parteien, zu charakterisieren, jene innere Be-

König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.
Copyright by Malk-Verlag.

Am dritten Tag der politischen Laufbahn Hals wurde beschlossen, daß jene Arbeiter, die die Anstellung eines Waagekontrolleurs forderten, sich bei Frau David versammeln sollten. Als Mike Siforia an jenem Tag aus der Grube kam, zog ihn Hals beiseite und erzählte ihm von der geplanten Versammlung. Ein Ausdruck hellen Entzückens verklärte das Gesicht des alten Slowaken. Er packte seinen Gehilfen bei der Schulter: „Ist das Ihr Ernst?“

„Freilich ist es Ernst. Wollen Sie zum Komitee gehören, das mit dem Aufseher sprechen wird?“

„Plusa biedna!“ rief Mike, was in seiner Sprache etwas Fürchtbares bedeutet. „Beim Judas, ich werde wieder einmal meinen alten Köpfer packen!“

Ein leises Schuldgefühl überkam Hals. Sollte er wirklich den alten Mann in die Sache verwickeln? „Sie glauben, Sie werden von hier fort müssen?“ „Diesmal heißt es, fort aus dem Staat, vielleicht sogar zurück in die alte Heimat.“ Hals begriff, daß er, selbst wenn er es wollte, den alten Mann nicht mehr zurückhalten könnte. Dieser war so erregt, daß er kaum zu Abend essen konnte, und sein Gehilfe wagte ihn nicht allein zu lassen, aus Angst, er könnte alles ausplaudern.

Man hatte beschlossen, daß die Teilnehmer der Versammlung einzeln und auf verschiedenen Wegen aufbrechen sollten. Hals langte als erster an und sah, daß im Hause die Vorhänge herabgelassen und die Lampen niedergeschraubt waren. Er trat durch die Hintertür ein, wo der „große Jock“ David Wache hielt. Der große Jock, der daheim ein Mitglied der Südwaliser Föderation gewesen war, überzeugte sich von Hals Identität und ließ ihn dann ohne ein Wort ein.

Novetta, der junge Italiener, kam; ihm folgte der alte John Edstrom. Da es an Stühlen fehlte, hatte Frau David einige mit Tüchern bedeckte Kisten an die Wand gehoben, und Hals bemerkte, daß sich alle auf den Kisten niederließen, die Stühle den später Eintreffenden überlassend. Beim Eintritt nickten die Leute einander zu. Tiefe Stille herrschte.

Als Mary Burke erschien, erkannte Hals an ihrem Ausdruck, daß sie wieder in den alten Pessimismus verfallen war. Einen Augenblick empfand er eine gewisse Empörung. Das Abenteuer begeisterte ihn derart, daß er verlangte, es solle alle begeistern, insbesondere aber Mary. Wie jeden, der selbst noch wenig gelitten hat, stieß ihn bei anderen der Zustand unaufhörlichen Leidens ab. Natürlich hatte Mary allen Grund für ihre trüben Stimmungen — doch sie fand selbst, daß sie einer Entschuldig-

bedurften und hat um Vergebung wegen ihres „Jammerns“ Sie mußte ja, daß er von ihr erwartete, sie werde die andern ermutigen, und nun vertrat sie sich in einer Ecke und sah zu, gleichsam, als wollte sie sagen: Ich bin eine Ameise, und ich bleibe in meiner Reihe, doch kann ich nicht tun, als ob ich von alledem etwas erhoffte.

Rosa und Jerry hatten trotz Hals Bemühungen, sie nicht in die Sache hineinzuziehen, darauf bestanden, der Versammlung beizuwohnen. Nach ihnen kamen der Bulgare Wresmal und die Polen Klowowski und Jamierowski.

Hals konnte sich ihre Namen nicht merken, doch waren die Polen nicht empfindlich, lachten gutmütig, wenn er sich bei der Aussprache die Zunge verstauchte und nahmen es auch weiter nicht übel, als er es schließlich aufgab und sie einfach Toni und Pete nannte. Sie waren demütige Menschen, ihr Leben lang an Unterdrückung gewöhnt. Hals blickte von der einen gebeugten Gestalt zur anderen, sah die merkwürdigen Gesichter, die im Halbdunkel noch trauriger und düsterer anmuteten und fragte sich, ob die grausame Verfolgung, die sie zum Protest trieb, ihnen nun auch Standhaftigkeit verleihen würde?

Einmal klopfte einer, der die Verabredung mißverstanden hatte, an der Bordtür, und Hals bemerkte, daß alle zusammenschraten, einige sogar ängstlich von ihren Sitzen aufsprangen. Und er vermerkte, die Atmosphäre des russischen revolutionären Lebens einzunehmen, mußte sich daran erinnern, daß die Männer und Frauen, die hier wie Verbrecher heimlich zusammenkamen, nichts anderes planten, als ein Recht zu fordern, das ihnen gesetzlich garantiert war.

Als letzter erschien ein österreichischer Bergmann namens Hufgar, mit dem Olson in Verbindung getreten war. Nun, da angefangen werden sollte, bliete jeder sehr und unruhig die anderen an. Den meisten war jegliche Verschwörertat fremd, und sie verstanden sich nicht darauf. Olson, der naturgemäß ihr Führer war, hatte sich absichtlich ferngehalten. Sie sollten nur diese Waagekontrollleurangelegenheit allein zuwege bringen.

„Jemand muß sprechen“, sagte Frau David, und als das Schweigen dennoch anhhielt, wandte sie sich an Hals: „Sie sollen Waagekontrollleur werden. Sprechen Sie!“

„Ich bin hier der Jüngste“, meinte Hals lächelnd. „Einer von den Älteren soll reden.“

Die anderen verharteten tiefenst. „Vorwärts!“ rief der alte Mike, und so erhob Hals sich schließlich doch. Noch oft in seinem Leben sollte ihm eine derartige Erfahrung zuteil werden. Weil er ein Amerikaner und ein gebildeter Mensch war, wurde ihm die Führerschaft aufgezungen.

„Soviel ich weiß, wollt Ihr einen Waagekontrollleur. Ich habe gehört, daß der tägliche Lohn eines Waagekontrolleurs drei Dollars beträgt. Doch sind unser bloß sieben Arbeiter, und das ist zuwenig. Ich bin bereit, die Stelle anzunehmen und verlange von jedem nur fünfundsanzig Cents am Tag — das macht einen Dollar fünfundsiebzig —, also weniger als mein Gehilfenlohn. Sollten sich uns dreißig Grubenarbeiter anschließen, so nehme ich von jedem zehn Cents pro Tag und bekomme damit keine drei Dollars zusammen. Seid Ihr damit einverstanden?“

„Freilich“, sagte Mike, und auch die anderen gaben Zeichen der Zustimmung.

„Gut! Jeder, der hier arbeitet, weiß, daß die Leute um ihr Gewicht betrogen werden. Wollte die Gesellschaft das volle Gewicht bezahlen, so würde es sie pro Tag einige hundert Dollars mehr kosten, und niemand kann so dumm sein und erwarten, daß sie sich dazu ohne Kampf bereit erklärt. Wir müssen daher beschließen, fest zusammenzuhalten.“

„Freilich!“ rief Mike, „zusammenhalten!“

„Wir bekommen ja doch keinen Waagekontrollleur“, bemerkte Jerry pessimistisch.

„Gewiß nicht, wenn wir dafür nichts tun, Jerry“, entgegnete Hals.

Und der alte Mike schlug sich aufs Knie. „Wir müssen alles versuchen, und wir werden ihn auch bekommen!“

„Ja, ja!“ rief der große Jock. Seine kleine Frau jedoch schien mit dem Verhalten der anderen nicht einverstanden, und sie war es, die Hals die erste Lektion im Drillen dieser polyglotten Massen gab. „Sprechen Sie zu ihnen, erklären Sie es.“ Sie wies mit dem Finger auf die Umstehenden. „Sie und Sie, Wresmal, Klowowski und Jam, ihr wollt doch einen Waagekontrollleur, wollt richtiges Gewicht, wollt euer Geld? Versteht ihr?“

„Ja, ja!“

„Bildet ein Komitee, geht zum Oberaufseher, fordert einen Waagekontrollleur. Versteht ihr? Ihr müßt einen Waagekontrollleur haben! Ihr dürft nicht nachgeben, dürft keine Angst haben!“

„Nein, keine Angst!“ Klowowski, der ein wenig Englisch verstand, erklärte Jamierowski hastig die Worte der Frau, und Jamierowski, dessen Kopf noch an der Stelle verbunden war, wo ihn Jeff Cottons Revolver getroffen hatte, nickte eifrig seine Zustimmung. Trotz seiner Beulen war er bereit, zu den andern zu halten und dem Aufseher entgegenzutreten.

Nun aber ward eine andere Frage aufgeworfen: „Wer wird mit dem Aufseher sprechen?“

„Sie!“ sagte Frau David zu Hals.

„Aber ich bekomme doch den Bohn, ich kann nicht dafür sprechen.“

„Außer Ihnen versteht sich niemand darauf“, meinte die Frau

„Freilich“, stimmte Mike bei, „es muß ein Amerikaner sein.“ Hals jedoch beharrte auf seiner Weigerung. Wenn er zum Aufseher sprach, so hatte es den Anschein, als ob er nur um des hohen Lohnes willen die Bewegung ins Leben gerufen hätte. Es wurde nun eifrig disputiert und erwochen, bis schließlich der alte John Edstrom sagte: „Nehmt mich ins Komitee auf.“ „Sie?“ fragte Hals. „Aber Sie werden doch fortgejagt, und was soll dann aus Ihrer Frau werden?“

„Ich glaube, meine Frau wird heute nacht sterben“, sprach Edstrom schlüchtern.

Er saß einen Augenblick schweigend da und starrte mit fest zusammengepreßten Lippen vor sich hin. Schließlich fuhr er fort: „Der Doktor meint, wenn es nicht heute ist, so ist es bestimmt morgen, und dann ist mir ohnehin alles einerlei. Ich

rellhaft, auf jedes Gerücht hin die Ehre und Ueberzeugungstreue von Mittkämpfern in Zweifel zu ziehen, eine geistige Einstellung, die der Anfang von jeder Gefinnungslumperei und das Ende aufrechter Kampfgenossenschaft ist.

Als einen besonderen Bedenklichen für die Dummen, die nicht alle werden, ersichte der Protokollfälscher seinen Lesern eine angeblich handschriftliche Notiz des Staatssekretärs Land auf, um die dunklen Absichten schmachtlich zu machen, die die Reichsregierung bei dieser erfundenen Besprechung verfolgte. Diese handschriftliche Notiz, vor der Besprechung aufgegeben, soll folgenden Wortlaut haben: „Friedensverpflichtung nach den Wahlen, Aussprache mit rechtsstehendem Theoretiker (Wagner).“ Natürlich mußte der Fälscher in seinem Protokoll auf diese Mithat der Regierung zurückkommen. Daher läßt er frisch und munter den Reichstanzler von Papen an die Gewerkschaftsführer die Frage richten, ob sie bereit seien, „an einer prinzipiellen Diskussion über die Frage der zukünftigen Gewerkschaftsgestaltung teilzunehmen. Er beabsichtige, auch gegnerisch eingestellte Wirtschaftstheoretiker dazu aufzufordern“. Der Reichstanzler wollte keine Namen nennen, er bestand „auf einer prinzipiellen Zu- oder Abgabe“.

Und wie reagierten die Gewerkschaftsführer auf diese angebliche Anfrage des Reichstanzlers? Der Fälscher weiß Bescheid! Er ist offenbar ein eifriger Leser der „Roten Fahne“, er ist vertraut mit den Herrbildern deutscher Arbeiterführer, die die Redaktion dieses in Schwindelnachrichten konkurrenzlosen Organs tagtäglich ihren Lesern vorlegt. Also, was wird der Dichter ihnen in den Mund legen? Wird er sie alle drei im Chor auftreten lassen? Wird er Unterschiede machen? Tatsächlich, er läßt sie mit verteilten Rollen spielen: „Grafmann und Eggert erklären sich zur Teilnahme bereit. Leipart äußerte sich nicht.“ Es ist nicht ganz leicht, sich vorzustellen, daß es in den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung Menschen gibt, die dem Dichter dieses Protokolls sein Märchen glauben.

Aber das erste Protokoll ist nur ein Vorspiel für das zweite. So dumm ist der Fälscher nicht, daß er nicht wüßte, auch die besterfornene Lüge bedarf einer gewissen Vorbereitung, um glaubwürdig zu erscheinen. Seine Absicht ist, die Leser seiner dichterischen Schöpfungen davon zu überzeugen, daß

ein geheimer Dreieck

zwischen den Gewerkschaften, den Nationalsozialisten und dem Reichswehrministerium bestehe, daß die Führer des ADGB nicht

nur ihre Seele, sondern die Freiheit der deutschen Arbeiterschaft an die Faschisten und an die autoritäre Regierung Papen-Schleicher-Gayl verkauft hätten. Diese Lüge würde höchstens von Menschen, die nur kommunistische Zeitungen lesen und insulgebessenen von der deutschen Wirklichkeit im allgemeinen und den deutschen Gewerkschaften im besonderen kein Sterbenswörtchen erfahren, als lautere Wahrheit hingenommen werden. Aber der Fälscher wollte nicht nur auf dieses in seinen geistigen Bedürfnissen unheilbar bestehende Publikum wirken, er wollte vor allem in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und innerhalb der Sozialdemokratie gläubige Leser finden. Daher mußte die angeblich „prinzipielle Diskussion über die Frage der zukünftigen Gewerkschaftsgestaltung“ gewissermaßen feierlich eingeleitet werden. Das ist der Sinn des ersten gefälschten Protokolls.

Das zweite bringt diese Aussprache selbst. Sie soll am 9. September im „Pressezimmer des Ministeriums des Innern“ stattgefunden haben. Schon in der Wahl des Datums verrät sich die bedauerliche Unkenntnis, die unglückliche Hand des Verfassers. Er hätte sich, besser beraten, ein geeigneteres Datum für seine Dichtung aussuchen sollen. Denn gerade zu der Zeit, wo sein Schauspiel im roten Hause am Platz der Republik die Uraufführung erlebt haben soll, tagte im Sitzungssaal der Arbeiterbank der Ausschuss des ADGB, an dessen Verhandlungen Grafmann und Eggert vom Anfang bis zum Schluß teilnahmen, völlig ahnungslos, eine wie wichtige Rolle der arme Psychoogel von Protokollschreiber ihnen in seinem Stück zugebracht hatte.

Die Sprechrollen weist der Dichter dem Reichswehrminister von Schleicher, dem „rechtsstehenden Wirtschaftstheoretiker“ Wagner, dem neuerdings beurlaubten Nazi-Extronprinzen Gregor Straßer und als Vertreter der Gewerkschaften, wie schon erwähnt, den Vorstehenden des ADGB, Grafmann und Eggert und außerdem dem Kollegen Dressel zu, von denen allerdings nur Eggert als Redner auftritt.

Wagner packt aus. Er macht aus seinem Herzen keine Mördergrube. Er spricht schlechtes Deutsch, aber möglicherweise liegt das am Dichter des Protokolls. Er entwickelt „seine bekannten Ideen von den ständischen Aufgaben der Gewerkschaften“. In „ihrer heutigen rein klassenkämpferischen Gestalt“ findet er sie „vom Wesen der wahren Gewerkschaft... allzuweit entfernt“. Eine wahre Gewerkschaft muß seiner Ansicht nach „Zusammenschluß einer Arbeits- und Arbeitergemeinschaft“ sein. Das ist ein bißchen dunkel, aber helle ist der Nazitheoretiker nun einmal

nicht. Immerhin will (oder soll) er wahrscheinlich sagen: eine wahre Gewerkschaft muß durch und durch gelb sein, so gelb wie eine Wertgemeinschaft, so gelb, daß die Herren Thyssen oder Hitler oder auch Losowoff sofort Ehrenvorsitzende werden könnten. Mit freien Gewerkschaften ist kein Staat zu machen. Sie eignen sich infolgedessen auch nicht „für den Einbau in den staatlichen Apparat“. Schon deshalb nicht, weil sie auf dem Gedanken der freiwilligen Mitgliedschaft aufgebaut sind. Aber mit Freiwilligkeit will Wagner sowenig etwas zu schaffen haben wie mit der Freiheit. Der Grundsatz einer „wahren Gewerkschaft“ ist für den gedichteten Wagner ebenso wie für den wirklichen, den Hitler als Apostel seines Evangeliums der Arbeiternechtschaft 1931 zu den rheinischen Industriellen schickte, um sie zu seinem „Sozialismus“ zu bekehren — „ihre Totalität bezüglich ihres personellen und fachweisen Arbeitsgebietes“. Das klingt sehr schwierig. Man spürt geradezu: Die anwesenden Herren schütteln mit dem Kopfe. Auch Schleicher wird unruhig. Wagner hat selbst das Gefühl, er müsse deutlicher werden. Also was meint der „Theoretiker“ mit der Totalität?

Dreierlei: „Zuerst Zusammenfassung aller bestehenden Arbeitnehmergeorganisationen nach Fachgebieten, sodann eine Art Zwangsmitgliedschaft und dann Uebernahme des gesamten dazu notwendigen Apparates durch den Staat“.

Und nun ist endlich der große Augenblick gekommen, in dem der Dichter aus seinem Marionettenkasten den Haupthelden des Stückes herauszieht, den stellvertretenden Vorstehenden des ADGB, Wilhelm Eggert, wie er ihn sich vorstellt. Der wirkliche Wilhelm Eggert sitzt derweilen im Saal der Arbeiterbank in der Bundesausschusskammer und hört zu, wie Clemens Körpel in einer schwingvollen Rede den Kriegsplan der Gewerkschaften für den Kampf gegen die September-Notverordnungen entwirft. Der gedichtete Wilhelm Eggert erhebt sich dagegen vor seinem Sitz im Pressezimmer des Reichsministeriums des Innern und beginnt selbst zu reden. Er tut es „äußerst vorsichtig und zurückhaltend“, aber so durchtrieben dieser von einem kommunistischen Dichter mit letzter Kraft erzeugte „Klassenverräter“ und „verkappte Faschist“ ist, er läßt doch „ohne weiteres erkennen, daß er grundsätzlich mit dem Ziele der Verstaatlichung (nicht etwa der Schlüsselindustrien, sondern der Gewerkschaften) einverstanden sei“. Ja — was aus einem deutschen Gewerkschaftsführer nicht alles werden kann, wenn er in einem kommunistischen Hirn wiedergeboren wird und gleich zu reden anfängt!

Immerhin, bei diesem hochnotpeinlichen Gegenstand der Verhandlungen kann sich der Dichter des Protokolls nicht so formlos von seinen Lesern verabschieden. Er muß noch etwas tun, damit seine Schäflein nicht merken, daß sie dürres Heu statt frischen grünen Futters vorgesetzt bekommen haben. Also schreibt er noch eine „Verfügung (mit Stift)“. Und was ist der Inhalt dieser Verfügung? „Keine Abschrift des Protokolls, streng vertraulich zu den Gen.-Äkten des Reichsinnenministers 11. 9. 31.“ Nun, denkt er, kann, darf, wird gewiß auch der argwöhnischste Zeitkammer, geschweige denn ein vertrauensseliges Schaf nicht mehr daran zweifeln, daß seine Dichtung ein echtes Protokoll sei, daß diese Verhandlungen tatsächlich stattgefunden haben, daß die Führer des ADGB, endgültig kompromittiert und des „Klassenverrats“ überführt sind.

Für so dumm halten also die Maulhelden der „totalen Opposition“ innerhalb und außerhalb der kommunistischen Partei die organisierten deutschen Arbeiter, daß sie ihnen jeden aus ihren schmutzigen Fingern gefolgten Ansinn als Wahrheit aufzusehen zu können glauben.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

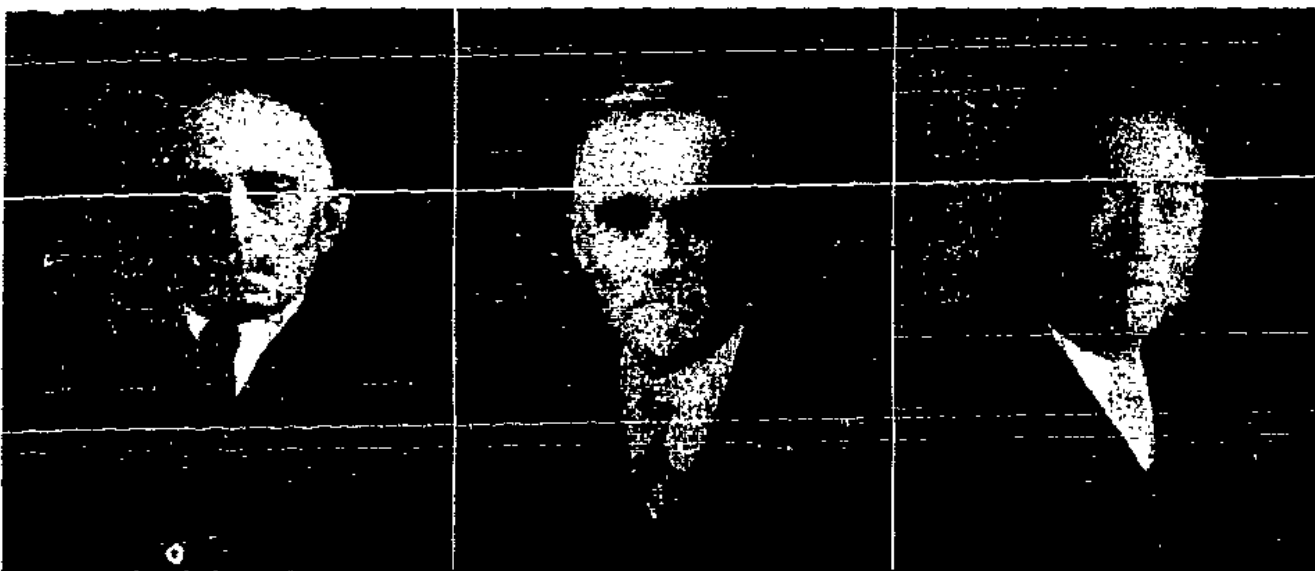
Mit diesen Schädlingen müßt ihr aufräumen, wenn es euch Ernst ist mit der Einheit der Arbeiterbewegung. Diese Einheit kann ohne Kameradschaft, ohne gegenseitige Aufrechterhaltung aller verbündeten Kämpfer, ohne Solidarität und ohne Vertrauen nicht verwirklicht werden. Jagt die Betrüger und Schwächer zum Teufel, sie haben in euren Reihen nichts zu suchen! Ihr könnt sicher sein, daß sie in der Stunde der Gefahr, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, zum Feinde überlaufen und euch verraten werden. Wer so leicht zur Lüge und Verleumdung greift, ist der geborene „Klassenverräter“.

Die Gewerkschaften und ihre Führer werden sich durch diese feigen Lumpen nicht beirren lassen. Das Ziel des Kampfes ist das alte Ziel, für das Generationen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen willig Entbehrungen und Opfer getragen haben: ein freies soziales Deutschland! Dieses Ziel werden wir nur dann verwirklichen, wenn die aus eurem Geiste und Willen geschaffenen Gewerkschaften starke, im Angriff wie in der Abwehr gleichermaßen kampffähige Organisationen bleiben; wenn ihr für den großen Gedanken solidarischer Selbsthilfe aus eigener Kraft täglich neue Kampfgenossen werbt. Jede Lüge, die wider euch und eure Führer ausgestreut wird, muß euch ein neuer Ansporn sein, den Kampf nicht nur mit euren offenen Gegnern, sondern auch mit den heimlichen Mächten der inneren Zwietracht, die nicht minder gefährlich sind, aufzunehmen und siegreich durchzuführen.

Heute gibt es, Millionen arbeitslose Kameraden, alte und junge, Männer und Frauen, die zum Teil schon jahrelang keine Arbeit mehr finden, Millionen heillos zermürbte und körperlich verelendete Menschen wieder in die Werkstätten, Fabriken und Kontore zu bringen. Ihr Schicksal ist die wahre Tragödie des deutschen Volkes in diesen Hunger- und Notjahren. Dieses Schicksal zu wenden ist die große, ist die gebieterische Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung. Die Regierung Schleicher wird ebensowenig wie eine der bisherigen Regierungen diese Schicksalswende herbeiführen, wenn sie nicht ständig, täglich und stündlich, unter dem starken Druck eures organisierten Willens gehalten wird! Jeder, der diesen Willen schwächt, ist ein Verräter, ist ein Verbrecher an der deutschen Arbeiterschaft.

Der organisierte Wille der deutschen Arbeiter ist verkörpert in ihren Gewerkschaften. Wer ihre Einheit untergräbt, gefährdet das große Werk der Arbeitsbeschaffung. Wer die Arbeitsbeschaffung hindert, ist der Todfeind der deutschen Arbeiter, mag er tausend rabidale Scheingründe zur Rechtfertigung seiner Wühlarbeit finden.

Arbeitsbeschaffung! In diesem einen Wort liegt heute der Sinn aller gewerkschaftlichen Politik beschlossen. Kampf für die Macht der Gewerkschaften. Dann und nur dann kämpft ihr für eure arbeitslosen Kameraden! Dann und nur dann kämpft ihr für ein freies soziales Deutschland!



Karl Dick

Fritz Schaffrath

Fritz Göting

Drei alte Veteranen aus Witten-Bommern.

muß nach Pedro hinunter, um sie zu begraben, was macht es mir denn aus, wenn ich nicht mehr hier herauf darf? Ich möchte gerne noch für euch tun, was in meinen Kräften steht. Ich habe mein Lebtag als Bergmann gearbeitet, das ist Herrn Cartwright bekannt; vielleicht hat es einen Einfluß auf ihn. Wir, Joe Smith, Sitoria und ich, wollen mit ihm sprechen; ihr anderen wartet ab und verjagt eure Arbeit nicht unnötig zu verlieren.“



Nachdem die Frage des Komitees geregelt war, erzählte Hal den Anwesenden, daß ihm Alec Stone aufgetragen hatte, die Leute auszuspiionieren. Es schien ihm richtig, daß sie dies wußten, weil die Aufseher es gegen ihn auszuspiionieren könnten. Olson hatte ihn ja bereits gewarnt. „Man wird euch vielleicht sagen, daß ich ein Verräter bin“, erklärte er. „Ihr aber müßt dennoch zu mir Vertrauen haben.“

„Wir vertrauen Ihnen!“ rief der alte Mike, und die anderen nickten zustimmend.

„Gut“, entgegnete Hal. „Eines dürft ihr glauben: gelingt es mir, in den Rippraum zu gelangen, so werdet ihr euer richtiges Gewicht erhalten!“

„Hört, hört!“ schrie nach englischer Art der große Jack, und ein Murmeln durchlief den Raum. Niemand wagte es, Lärm zu machen, doch war klar, daß alle einverstanden seien.

Hal setzte sich und nahm seinen Verband ab. „So, der hat seine Rolle ausgespielt“, sagte er und erklärte, was es mit seiner verstaubten Hand für eine Bewandnis habe.

„Wie?“ rief der alte Mike. „So haben Sie mich zum Karren gehalten?“ Er packte das Handgelenk, und als er sah, daß es keineswegs geschwollen war, schüttelte er es so heftig, daß er es nun tatsächlich fast verstaubte, und lachte, bis ihm Tränen die Wangen herabstießen. „Sie alter Gauner!“ rief er aus. Inzwischen erklärte Blomowski Kamierowski die Geschichte, und Jerry Mineiti versuchte sie Wresmat in einem barbarischen Englisch verständlich zu machen. Seit Hal ins Nordtal gekommen war, hatte er noch kein so herzliches Lachen gehört.

Doch haben Verschwörer zum Lachen nur wenig Zeit. Sie kamen wieder auf die Sache zurück. Es wurde beschlossen, daß das Komitee am nächsten Morgen bei dem Aufseher vorzusprechen sollte. Dann sprach John Edstrom und schlug vor, sie sollten einen gemeinsamen Aktionsplan ausarbeiten, für den Fall, daß man gegen sie Gewalt anwende.

„Glauben Sie, daß es dazu kommen könnte?“ fragte einer. „Natürlich!“ rief Mike Sitoria. „In Jeder-Berg gingen wir einmal zum Aufseher, um ihm zu sagen, daß die Ventilation verstopft sei. Und was war seine Antwort? Einen von uns schlug er auf die Nase, dann erhielten alle drei Fußtritte und wurden hinausgeworfen.“

„Aun“, meinte Hal, „wir müssen auch auf dergleichen vorbereitet sein.“

„Was werden Sie tun?“ fragte Jerry. Jetzt war für Hal der Moment gekommen, sein Recht auf die Führerschaft zu beweisen. Wenn er mich auf die Nase schlägt, schlage ich zurück“, erklärte er. „Das ist doch ganz einfach.“

Einige applaudierten, so war's recht, so mußte man reden! Hal genoh die Freude, sich als Führer zu fühlen, doch erhielt sein Selbstvertrauen einen plötzlichen Stoß, sein Stolz einen „Schlag auf die Nase“. Eine Frauenstimme klang aus der Ecke, leise und ingrimmig: „Ja! Und dann können Sie sich töten lassen!“

Er blickte zu Mary Burke hinüber und sah, daß ihr lebhaftes Gesicht glühte und sie die Stirn runzelte. „Was meinen Sie denn?“ fragte er. „Sollen wir etwa davonlaufen?“

„Es wäre mir lieber, als wenn Sie umgebracht würden. Was tun Sie, wenn er das Gewehr auf Sie ansetzt?“

„Wird er das Gewehr auf ein Komitee ansetzen?“

Der alte Mike unterbrach die beiden: „Einmal in Barala... Habe ich Ihnen erzählt, wie ich meine Karren verlor? Ich sage dem Waagemeister, daß jemand meine Karren gestohlen hat, und er legt das Gewehr auf mich an und schreit: „Scheren Sie sich zum Teufel! Heraus aus dem Rippraum, alter Hiegenbock, sonst durchlöchere ich Ihr Fell!“

An der Unverkittet hatte Hal stets die Ansicht verfochten, man müsse einem Räuber zurufen: „Vorwärts, mein Freund! Bedienen Sie sich selbst! Ich habe hier nichts, um dessentwillen ich totgeschossen werden möchte.“ Wie konnte man den Wert stehlbarer Dinge mit dem eines Menschenlebens vergleichen? Jetzt, so hätte man meinen können, sei der Augenblick für Hal gekommen, seine Theorie in die Praxis umzusetzen, doch fiel ihm diese aus irgendeinem Grunde nicht einmal ein. Er war bereit, vorzugehen, genau, als ob eine Tonne Kohle pro Tag das einzig Wichtige im Leben wäre!

„Was sollen wir tun?“ fragte er. „Wir wollen doch nicht nachgeben?“

Und doch wußte Hal, noch während er die Frage stellte, daß Mary recht hatte. Sein Standpunkt war der des Müßiggängers. Mary jedoch wies, trotz der eigenen Heftigkeit, auf die Notwendigkeit der Selbstbeherrschung hin. Zum zweitenmal an diesem Abend hatte sie seinen Stolz verletzt, doch verwandelte sich sein Groll in Bewunderung. Er hatte ja stets gewußt, daß Mary einen klugen Kopf habe und ihm helfen könne. Die Worte des alten John Edstrom steigerten noch seine Bewunderung — es dürfe nichts geschehen, meinte der alte Bergmann, was der Sache der „großen Gewerkschaft“ Schaden könne. Deshalb durften sie, was immer auch geschehe, keinen körperlichen Widerstand leisten.

Diese Anschauung fand auf der anderen Seite erbitterte Gegner. „Kämpfen, kämpfen!“ brüllte der alte Mike und schrie dann auf, als ob er schon den Schlag auf die Nase verspürte: „Das soll ich mir gefallen lassen?“

„Wenn Sie zurückschlagen“, erklärte Edstrom, „werden wir bestimmt den Kürzeren ziehen. Die Gesellschaft wird sagen, wir hätten angefangen, und wir seien im Unrecht. Nein, wir müssen uns auf die moralische Kraft beschränken.“

So wurde denn nach einer weiteren Diskussion beschlossen, jeder habe sich zu beherrschen — soweit er eben könne. Dann richteten alle einander die Hände und versprachen, standhaft zu bleiben. Als aber die Berührung für beendet erklärt wurde und sie einzeln in die Nacht hinausgingen, waren es doch recht ernste, sorgenvolle Verschwörer, die ihren Heimten zutreteten. (Fortsetzung folgt.)

Stillelegung im linksrheinischen Braunkohlenrevier.

Die im vergangenen Jahre anhaltende Wirtschaftskrise hat auch die linksrheinischen Braunkohlenarbeiter sehr stark in Mitleidenchaft gezogen. Lohnsenkungen, Feiertagskürzungen, Betriebs-einschränkungen und Betriebsstillelegungen haben die Lebenshaltung der Bergarbeiterfamilien fast unerträglich gestaltet. Stillegelegt wurden die Brikettfabrik Lürnich (Kreis Berheim), Grube Mariaglad bei Brühl und jetzt kommt die Grube Berggeist an die Reihe. Trotzdem noch genügend Kohle für diese Betriebe vorhanden war, werden sie ausgeschaltet. Die Syndikatsquoten gingen zum größten Teil in den Besitz des größten Konzerns, der Rheinischen Aktiengesellschaft über. Bei der Grube Berggeist hat die Rheinische AG. die ganze Grube gekauft, um die Quote in ihren Besitz zu bringen. Obwohl ja immer von der kapitalistischen Klasse in der Öffentlichkeit bestritten wird, daß die Lehre von Karl Marx richtig sei, sehen wir hier wieder erneut, wie diese Lehre in der Praxis Tatsache wird. Der große Geldmann schludt den kleinen Betrieb und legt ihn still!

Es ist ganz natürlich, daß diese Konzentration sich während der Wirtschaftskrisen in einem stärkeren Ausmaße vollzieht. Bei der Grube Berggeist ist es aber nicht notwendig, daß sie schon ausgeschaltet wird, weil gerade dieser Grube noch für vier Jahre Kohle zur Verfügung stehen und davon für zwei Jahre freigelegt sind. Von einer Unrentabilität kann in diesem Falle noch nicht gesprochen werden. Aber im Interesse des Profits wird hier ein wertvoller Produktionsapparat ausgeschaltet, über 400 Arbeiter werden auf die Straße geworfen und die Allgemeinheit mag sehen, wie sie damit fertig wird. Wo bleibt hier das vielgepriesene Anturbelegungsprogramm des Herrn v. Papen? Wie hat die Unternehmerpresse — besonders die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ — diesem Manne zugejubelt! Aber ganz deutlich erkennen wir, daß dieser Jubelschrei nicht wegen des Anturbelegungsprogramms erschallt, sondern wegen des Milliarden-gewinns an die Unternehmer und der Angriffe auf die Rechte der Arbeiterschaft.

Und wie kleingeistig sind nun die Kommunisten, die der Arbeiterschaft vorliegen, daß eine derartige Konzentration durch einen Streik der linksrheinischen Braunkohlenarbeiter aufzuhalten sei! Es ist klar, daß die Arbeiterschaft sich gegen jede Stillelegung zur Wehr setzt und mit einer Berechtigung bei Berggeist, weil gerade hier noch genügend Kohle vorhanden ist und

freiliegt. Und so hatte der Betriebsrat von Berggeist zu einer Besprechung nach Brühl eingeladen. Vertreter der Landkreise, welche von der Stillelegung berührt werden, die zuständigen Bürgermeister, die Vertreter der Gewerkschaften, die Landtagsabgeordneten Fries und Harsh sowie der Betriebsrat waren erschienen. Bekannt ist, daß die Grubenverwaltung, trotz der Einladung, welche an sie ergangen war, nicht erschien. Hier sieht man die geringe Kaltblütigkeit, mit der man über Arbeiterfragen hinweggeht! Was geht das diese Herren an, ob 300 oder 400 Arbeiter noch etwas zum Leben haben!

In der Besprechung wurde festgestellt, daß der Landrat von Köln-Land, der Bürgermeister von Brühl, die Gewerkschaftsvertreter und der Betriebsratsvorsitzende gemeinsam mit der Regierung bei dem jetzigen Käufer vorstellig werden sollen, damit der Betrieb weitergeführt wird. Die Kommunisten machten sich die Sache leicht. In der Besprechung drohten sie radikale Phrasen, und als man sie aufforderte, mitzuarbeiten, lehnten sie ab. Das nennt man im allgemeinen Feigheit. Die „Sozialistische Republik“ schreibt: „Die roten Betriebsräte von Berggeist hatten der Belegschaft schon gesagt, daß diese Besprechung keinen Erfolg bringen könnte.“ Hier muß festgestellt werden, daß die roten Betriebsräte in der betreffenden Betriebsratsführung voll und ganz damit einverstanden waren, daß diese Besprechung angeführt wurde, und sie haben sich sogar stark dafür eingesetzt. Aber an dieser zweideutigen Haltung kann man erkennen, wie „Weltrevolutionäre“ mit zwei Zungen reden. Ebenso ist es mit der radikalen Rede, welche nach der „Soz. Republik“ von dem angeblichen Vertreter der RGD. gehalten wurde. Die radikale Rede des Beders wurde in der Besprechung in Brühl nicht gehalten, dort war man viel zahmer. Auch hat man dort nicht von einem Streit gesprochen, und so sieht man auch hier wieder, wie diese Leute lügen. Kein Wort gegen die Kapitalisten von Berggeist, aber gegen die Arbeiterschaft wird der Bruderkampf geführt!

Die Bergarbeiter im linksrheinischen Braunkohlenrevier wissen ganz genau, daß ihnen durch solche Phrasen nicht geholfen wird. Sie haben erkannt, daß besonders in der Notzeit die Gewerkschaften dem Arbeiter zur Seite stehen, und sie lehnen die zweierlei Sprachen, die von den Kommunisten und der RGD. geführt werden, entschieden ab.

Neue Werbeerfolge im Ruhrgebiet

für den Monat Januar melden folgende Geschäftsstellen:

- Castrop . . . 147 Neuaufnahmen**
- Bochum . . . 136 „**
- Redlinghausen 131 „**

Welche Geschäftsstelle tritt mit den vorgenannten in Wettbewerb?

Wer ahmt diese erfolgreiche Arbeit nach?

Willy Schüppel aus Delsnig, der jüngst aus der RGD. ausgeschlossene Bürgermeister von Mittelfrohna, Arthur Schreiber aus Oberwürschirich, der später zur Brandlergruppe ging, J. Knöchel, Mitglied des Reichstages — gewesen —, Mag. Dpik, M. d. L., Ernst Schmeller, M. d. R., R. Mildenfrey, M. d. L., und Köcher-Bochau, M. d. L. gewesen. . . .

Nun scheint sich doch bei den Kommunisten niemand mehr zu finden, der sein letztes bißchen Renommee für dieses lächerliche Blättchen opfern möchte, und so haben sich die Kommunisten lange im ganzen Kohlenrevier umgesehen, ob sie nicht doch einen Dummen finden könnten, und schließlich ist ihnen das auch noch gelungen, und so kommt es, daß neuerdings für die „Rote Grubenlampe“ Herr Karl Walther aus Niederwürschirich verantwortlich zeichnet.

Wenn im Theater ein Mann es fertigbringt, sich neben alle Stühle und zwischen alle Stühle zu setzen, so bewundert man im Parkett sein Geschick, den Ungeheuren zu spielen. Auf der Bühne der Politik aber ist solche Bewunderung nicht am Platze, denn da ist Ungeheuer nicht Kunst, sondern Unfähigkeit! Sie mag des Rührenden nicht entbehren, aber sie ist nicht angetan, Sympathien zu erwecken. Dieser Herr Karl Walther aber ist der Mann, der sich in der Politik neben alle und zwischen alle vorhandenen Stühle gesetzt hat; übrigens ist er identisch mit jenem Mann, der sich als ehemaliger Betriebsrat auf Gotteshilfe, wo er während seiner Betriebsratsstätigkeit einen schwunghaften Handel mit Hosen betrieb, den Spitznamen „Hosen-Karl“ erwarb. „Hosen-Karls“ politischer Ruhm ist am hellsten aufgestrahlt während jener triegerischen Kampagne der Niederrheinischer Bauern gegen die Eingemeindung nach Lügau; damals hat er, der kommunistische Gemeindevorordnete, Arm in Arm mit dem Niederrheinischer Bauern den triegerischen Vormarsch gegen Lügau geführt, mit dem schließlichen Knalleffekt, daß ihn die Kommunisten unter dem Druck der Öffentlichkeit aus der Partei hinauswarfen. Der Ehrgeiz hat „Hosen-Karl“ jedoch nicht ruhen lassen, und man erlachte, wie er bei der nächsten Gemeindevorordnetenwahl eine eigene Liste der — Unorganisierten aufstellte! Daß er bei dieser Gelegenheit beinahe Kirchenvorstandsmittglied geworden wäre, soll sein Charakterbild nur abrunden helfen.

Nun ist die Entwicklung dieses Feld-, Wald- und Wiesenpolitikers zum Redakteur der kommunistischen „Roten Grubenlampe“ und zum Bezirksleiter der schon einmal feig entschlafenen Bergarbeiter-Union, die heute unter dem schönen Namen „Einkaufsverband der Bergarbeiter wieder aufgetaucht ist, geblieben. Man kann wohl ruhig eine Wette von eins zu hundert eingehen, daß sich im ganzen Lügau-Delsniger Kohlenrevier nicht noch ein Mann finden wird, der ein solches Maß von Wandlungsfähigkeit an den Tag gelegt hat! Aber gerade diesen Mann haben die Kommunisten für ihr trauriges Blättchen gebraucht, und ganz so sieht es denn auch aus! Es ist sicher keine Beleidigung, wenn wir behaupten, daß es nicht einmal auf jenem Dertchen benutzt werden kann, von dem man sagt, daß dort gemeinhin solche Papiere zur Not gebraucht werden können. Selbst dafür ist es nämlich noch zu ordinär!

Bezirk Niederschlesien.

Nazi-Ton auf der Waldenburger Bergwerks-AG.

Auf der Waldenburger Bergwerks-AG. beginnt unter den Grubenangestellten langsam der Ton des Dritten Reiches einzuziehen. Wie die Kameraden Adolf Hitlers den Gemeinschaftsgeist unter der Belegschaft pflegen, sei an folgendem Beispiel illustriert: In der 19. Abteilung des Tiefbauschachtes der Waldenburger Bergwerks-AG. im ersten Flöz, Berg 1, ist ein Lehrhauer als Bremser beschäftigt. Am 10. Januar d. J. zwischen 9 und 10 Uhr in der Frühlicht hat dieser Bremser einen Gezahlfasten auf einen sogenannten Wagenhund geladen, um denselben den Berg hinabzuschicken. Unerwarteterweise entgleitete der „Hund“ mit dem Gezahlfasten. Im Begriff, diese Störung zu beseitigen, kam der Steiger Schneider und fiel in der bekannten Art, wie sie sich jetzt leider wieder mehr bemerkbar macht, über den armen Kumpel her mit den Worten: „Verfluchter Kerl, mach' Sie, daß Sie rauskommen.“ Der Lehrhauer erwiderte ihm in aller Ruhe: „Vor Ihnen bin ich noch lange kein verfluchter Kerl.“ Nun wurde der Kamerad Hitlers erst recht hochstufeswild und traktierte den Kumpel mit folgenden Liebenswürdigkeiten: „Sie sind ein verfluchter Laps, sehen Sie sich vor mir vor, ich haue Sie im die Presse, daß Sie sich auf dem Rücken herumwälzen, Sie dummes Was, dummer Kohljunge.“ Dabei drohte der Steiger Schneider dem Kumpel mit einem Schraubenschlüssel.

Wenn man das nicht schwarz auf weiß hätte, dann würde man so etwas tatsächlich nicht für möglich halten. Dieser Ton erinnert so recht an das sogenannte Schinnesystem, das von unfernen Kameraden Georg Werner in seinem Buch „Zwei Kumpel“ so treffend illustriert worden ist. Daß dieser Ton auf der Waldenburger Bergwerks-AG. nicht etwa vereinzelt, sondern geradezu typisch geworden ist, geht ja auch aus einer Notiz im „Bergknappen“ Nr. 2 vom 14. Januar d. J. hervor. Auch dort wird in einer Zuschrift vom Bahnschacht in derselben Art geklagt, daß die Steiger in einer so rüden Art über den armen Kumpel, der sich heute nicht wehren kann, um nicht aus dem Betriebe geworfen zu werden, herfallen.

Ein Musterbeispiel für nationale Kultur, wie sie die Hakenkreuzler in Deutschland einführen wollen.

Reif für die Irrenanstalt!

Kommunistische Tollheiten zur Betriebsratswahl.

Der Sozialistische Pressedienst schreibt:

Die bevorstehenden Betriebsratswahlen bringen die Kommunisten völlig aus dem Häuschen. Sie lügen nicht nur das Blaue vom Himmel herunter, sondern machen sich in höchstem Maße lächerlich. Zum Beweis hierfür nur einige praktische Beispiele:

In der Ausgabe vom 19. Januar verkündet die kommunistische Ruhrpresse, daß im Preussischen Landtag ein Antrag angenommen worden sei, der die Übertragung der Förderquote von einer Schachtanlage auf die andere verbietet. Die geplanten Zechenstilllegungen würden dadurch verhindert. Die kommunistische Presse teilt weiter mit, daß dieser Antrag im Landtag von allen Parteien angenommen worden sei. Danach hat also auch die Sozialdemokratische Partei dafür gestimmt. Das ist an sich selbstverständlich, weil gerade die SPD. von Anfang an den Stilllegungsstand bekämpfte und sozialdemokratische Zeitungen ihn erstmalig aufdeckten. Das hindert nun die kommunistische Presse nicht, in dem gleichen Artikel zu behaupten, die SPD. habe sich für die Stilllegung der Zechen Sachen ausgesprochen. Also im ersten Satz verkündet man, alle Parteien und damit auch die Sozialdemokraten seien für das Stilllegungsverbot eingetreten, im zweiten behauptet man genau das Gegenteil! Was sollen nun die kommunistischen Leser glauben? Wir beantragen, daß den Verfasser und Verbreitern dieses Blödsinns ein Stalinorden für dummschreie-Lügereien verliehen wird!

Aber es kommt noch schöner! Nachdem das kommunistische Witzblatt in bombastischer Weise herausgestellt hat, daß diese einheitliche parlamentarische Aktion gegen die Zechenstilllegung nur ein kommunistischer Sieg sei, orakelt man anschließend weiter: „Die Sache der Kumpels von Neumühl, Rheinpreußen 4 und Sachen wird nicht durch Parlamentsabstimmungen entschieden.“ Der so sehr gefeierte kommunistische Parlamentsstief ist also nach dieser Auslassung gar kein Erfolg, sondern nur unfünftiges Theater. Warum also die ganze

Aufregung? Wirklich, man muß den kommunistischen Strategen von vornherein allerhand mißerbende Umstände zuzubilligen, aber über sozial Blödsinn auf einmal muß man doch staunen. Und da dieser blühende Unsinn in der ersten Sondernummer zu den Betriebsratswahlen verzapft wird, haben wir nur eine Hoffnung, nämlich die, daß man recht viele Exemplare an die Kumpels verteilt. Ein schlagkräftigeres Witzblatt, das die politischen Ausübereien und Widersinnigkeit der Kommunisten besser anprangert, können wir uns kaum denken.

Ein drittes Beispiel: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auch im Reichstag einen Gesetzesantrag eingebracht, der die geplanten Zechenstilllegungen im Ruhrgebiet verbietet. Gleichzeitig brachte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation ein, die sich gegen die sozialen Schäden des Quotenjägers und die Stilllegungspläne wendet und darüber hinaus zur Milderung der Arbeitslosennot im Ruhrbergbau eine generelle zehnjährige Verkürzung der Arbeitszeit fordert. Beide sozialdemokratischen Anträge wurden durch den Verbandsvorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Husemann angeregt. Was macht die kommunistische Ruhrpresse aus diesem Vorstoß? In diesen Letztern verkündet sie: „Husemann für neuen Lohnraub!“ Die RGD.-Presse unterschiebt somit dem Vorgehen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Absicht, wie sie nur von irrfinnigen Phantasten in den kommunistischen Redaktionsstuben ausgebrütet werden kann.

Diese Beispiele sprechen für sich. Sie zeigen uns, daß das beste Material zur Betriebsratswahl gegen die gewerkschaftsfeindlichen Hampelmänner in ihren eigenen Zeitungen, die sie durch ihre Dummheit zu ausgesprochenen Witzblättern stampeln, zu finden ist. Sie zeigen aber auch weiter, wie dumm die „Revolutionäre“ die Bergarbeiter einschätzen. Vielleicht können Sie aber auch nicht anders und merken es selbst nicht, wie dumm sie sind, woraus dann nur zu schlußfolgern wäre, daß solche Leute nicht auf die politische Tribüne, sondern ins Narrenhaus gehören!

Bezirk Nordhausen.

Das Arbeitselend wächst.

Einlegung von Feiertagskürzungen und Stilllegung der Müchdüngefabrik des Kaliwerks Glüdauf Schacht I in Sondershausen.

Der Wintershallkonzern teilte in einer am 12. Januar stattgefundenen Betriebsratsführung mit, daß infolge Absatzmangels die Müchdüngefabrik auf Schacht I für drei bis vier Monate, angeblich bis Juni, stillgelegt werden sollte. In dieser Zeit soll die Müchdüngeranlage umgebaut werden, um auch ein anderes Produkt herzustellen. Die Herstellung dieses noch nicht genannten Produktes soll dazu dienen, die Anlage rentabler zu machen und eine bessere Beschäftigung für die auf der Müchdüngeranlage beschäftigten Arbeiter herbeizuführen.

Die beiden Schachtanlagen I und V werden ab 21. Januar anstatt eine Feiertagskürzung, wöchentlich drei Feiertagskürzungen bekommen. Die Bemühungen der Betriebsvertretung und Organisationsleitung gingen dahin, die Stilllegung der Müchdüngerfabrik zu verhindern bzw. anstatt Stilllegung, Kurzarbeit einzulegen. Hinsichtlich der Kurzarbeit auf den beiden Schachtanlagen I und V wurde seitens der Betriebsvertretung vorgeschlagen, nur zwei Feiertagskürzungen einzulegen und durch Urlaubsvergütung die soziale Lage während der Kurzarbeit günstiger zu gestalten. Der Wintershallkonzern hat nun bereits in der Sperrfrist eine Arbeitsstreckung vorgeschlagen. Bei den Stilllegungsverhandlungen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Stilllegungsverordnung nur der Demobilisationsbehörde das Recht für Arbeitsstreckung einräumt. Das gleiche wurde hinsichtlich der weiteren Kurzarbeit für die Schachtanlagen I und V zum Ausdruck gebracht, soweit es sich um die Zeit der Kündigungsfrist handelt. Die Gesamtbelegschaft der beiden Schachtanlagen einschließlich der Müchdüngerfabrik beträgt 800 Mann. In der Müchdüngerfabrik sind etwa 150 Arbeiter beschäftigt. Da die Stilllegung ab 4. Februar erfolgen soll, wird allen Belegschaftsmitgliedern der Müchdüngerfabrik zunächst gekündigt. Es sollen aber wieder 30 Mann eingestellt werden für Verladungsarbeiten. Weitere Arbeiter sollen

für eine noch zurückliegende Aufarbeitung eventuell beschäftigt werden. Es kamen somit etwa 90 Arbeitnehmer von Februar bis Mai bzw. Juni endgültig zur Entlassung. Die Konzernleitung sowie auch die Werksleitung sagten der Betriebsvertretung in gewisser Beziehung Erleichterungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage der Belegschaft während der Arbeitslosigkeit zu.

Jedenfalls hat die Betriebsvertretung alles versucht, um die Belegschaft vor Entlassungen und sozialen Schäden im Bereiche ihrer Möglichkeit zu schützen. Um so unangebrachter ist es, daß das „Thüringer Volksblatt“ in seiner Nummer 9 vom 11. Jan. 1933 der Betriebsvertretung unterstellt, nichts gegen die Stilllegung und Kurzarbeit unternommen zu haben. Die in diesem Artikel gemachten Angaben stimmen keineswegs mit dem Tatsbestand überein. Die Belegschaft mag auch hieraus ersehen, wer ihre Interessen ernsthaft vertritt.

Bezirk Lügau.

Die „Rote Grubenlampe“ und ihr neuer Redakteur.

Wenn Zigeuner eine Eschindmähre für den Pferdemarkt präparieren wollen, so peitschen sie das Tier so lange, bis daraus ein edler Renner mit bebenden Nüstern wird. So machen das auch die Kommunisten mit ihrem Witzblatt, der „Roten Grubenlampe“, das sie zum Gaudium der Bergarbeiter im Lügau-Delsniger Kohlenrevier verteilen. Immer, wenn dieser abgeklapperte Agitationsgaul wieder einmal schwaufend dahinfegt und nicht mehr von der Stelle zu bringen ist, was in regelmäßigen Zeitabständen passiert, da jagen die Kommunisten den Führer zum Teufel und ersetzen ihn durch einen neuen Mann, von dem sie hoffen, daß er den kommunistischen Parteigaul wieder für eine Weile auf den Trab und die Karre in Schwung bringen werde. So hat die „Rote Grubenlampe“ eine stattliche Reihe von Redakteuren aufzuweisen, und es sind sogar Leute aus der Galerie berühmter kommunistischer Felden darunter, so z. B. neben Herrn Mag. Gärtner aus Stollberg, der sich aus einem blutroten Revolutionär in einen quittfarbigen Gelben verwandelt und der später gar zu einer heiligen Sekte heimkehrte, der größte

4. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 22. bis 28. Januar 1933

Saarrevier.

„Kämpfer in den Schächten.“

In der sogenannten „Arbeiterzeitung“ hat vorige Woche ein M. R. aus dem Saar-Grenzgebiet einen „Kampfruf aus den Schächten“ zu Papier gebracht. Er schreibt davon, daß auf Grube Frankenhof nicht mehr der Mindestlohn gezahlt werden soll und daß ein Fahrsteiger (?) einen Kameraden beschimpft und dem Betriebsführer gemeldet habe. (Den Namen des betreffenden Fahrsteigers waagt der revolutionäre M. R. nicht zu nennen!) Dann schreibt der tapfere Mann folgendes:

„Eine Arbeiteraushilfskassa dieser Grube tagte vor mehreren Tagen. Die Sitzung hatte als einzigen Beratungspunkt auf der Tagesordnung die Aufständigkeit der Schlepper und Lehrhauer, deren Gehrzeit vorüber war. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, die schlechte wirtschaftliche Lage ließe eine höhere Lohnzahlung an die Ausgeleiteten nicht zu.“

Die fragliche Arbeiteraushilfskassa hat am 8. Dez. 1932 stattgefunden. Ihre Tagesordnung umfaßte nicht einen, sondern folgende neun Punkte:

- 1. Allgemeine Lage. 2. Veränderung der Schichtung in der Arbeiterunterstützungskassa. 3. Zu leicht geladene Wagen. 4. Holz- und Materiallieferung. 5. Aufrücken von Schleppern und Lehrbauern. 6. Wiedereinführung des zweiten Wagenkontrollieurs am Schacht III. 7. Bessere Beheizung der Badeanlagen an beiden Schachtanlagen. 8. Mehr Wagenstomiere. 9. Wahl der Tarifausschüßmitglieder für das Jahr 1933.

Ende Dezember haben wir bereits in der Tagespresse berichtet und das Verhandlungsergebnis der ganzen Tagesordnung wörtlich aufgeführt. Die Redakteure der „Arbeiterzeitung“ haben das sicher gelesen, trotzdem berichten sie ihren Lesern das Gegenteil. Über selbst der eine Tagesordnungspunkt, den die „Arbeiterzeitung“ anführt, ist noch total falsch und irreführend gebracht. Es handelte sich gar nicht um das Aufrücken von Schleppern und Lehrbauern, „deren Lehrzeit vorüber war“, sondern um solche, die in der Arbeitsordnung vorgeschriebene Lehrzeit noch nicht erfüllt hatten, die aber das Alter für eine höhere Entlohnung schon besitzen. Wenn, wie wir vermuten, der „Arbeiterkorrespondent“ der AGD, der Sicherheitsmann Jakob Jung aus Hütchenhausen war, dann muß er in der Sitzung nicht „Kampfrufe“ ausgehört haben, sondern geschrien haben! Wie könnte er sonst acht Tagesordnungspunkte verschlafen und den einzigen, den er mitbekommen hat, auch noch falsch verstehen?

Die betriebliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau.

Unter diesem Titel ist kürzlich ein beachtenswertes Buch von Dr. Rudolf Schwenger erschienen. Wie der Buchtitel schon andeutet, befaßt sich die wissenschaftliche Untersuchung mit Werksfürsorge, Wohlfahrtswesen und ähnlichen betriebssozialen Einrichtungen, wie man sie im Ruhrbergbau, im Gegensatz zu tariflichen und gesetzlichen Bindungen, auf der Grundlage der Freiwilligkeit aufgebaut hat. Als solche erwähnt der Verfasser vor allem die Sicherung und Schulung des bergmännischen Nachwuchses, das sonstige bergmännische Ausbildungs- und die betriebspolitischen Methoden zur Unfallbekämpfung. Darüber hinaus werden auch die werkspezifischen Maßnahmen, wie Gesundheits-, Kleinkinderfürsorge, Heilungsbezüge, Wertvereine, Werkszeitletzen, Werkskonsumvereine und Wohnungsfürsorge ausführlich geschildert.

Diese Einzelfragen zusammengefaßt und die zuzählenden Kosten, die sie verursachen, mit den tatsächlichen Größenordnungen des Ruhrbergbaues verglichen, hätten bestimmt zu anderen Schlußfolgerungen geführt. Das wäre um so mehr der Fall gewesen, wenn der Verfasser auch zu einer Reihe von übersichtlichen oder besser gesagt, unechten Maßnahmen kritischer Stellung genommen hätte. Erinnert sei nur an das Kapitel Werkszeitletzen. Es ist ganz offenkundig, daß die Werkszeitletzen gar nicht den betriebswirtschaftlichen Zweck erfüllen, den ihnen der Verfasser grundsätzlich zuweist und auch gar nicht erfüllen können, weil sie in der Regel von betriebsfremden Leuten fabriziert werden.

In andern Fällen dagegen fällt der Verfasser Werturteile, die dem Buch den Charakter einer Denkschrift des Rechenverbandes verleihen. Denn auch ohne die einleitende Bemerkung, daß Herr Dr. Hollhöfer, der Presschef des Bergbauvereins, die Anregung zu dieser Untersuchung gegeben und Herr Berggrat Heinrich als Dezernent beim Bergbauischen Verein sie wertvoll unterstützt habe, auch ohne diese Bemerkung findet der sachkundige Leser in dem Buch viele Gedankengänge, die belanntes Gemeingut der Herren vom Bergbauischen Verein sind.

Eine wissenschaftliche Unterlassungsliste — die allerdings bei derartigen systematischen „Materialsammlungen“ immer wieder begangen werden dürfte — erblinden wir auch darin, daß sich der Verfasser mit trockenen, wirklichkeitsfremden Textauszügen begnügt hat. Wie lebensfern diese wissenschaftliche Betrachtungsweise für die Beurteilung der tatsächlichen Vorgänge im Bergbau ist, hätte der Verfasser beispielsweise durch eine flüchtige Lektüre von Georg Warners Buch „Zwei Kumpel“ feststellen können, wo die betrieblichen Probleme auf Grund der praktischen Erfahrung eines langjährigen Grubenbeamten einmal von der anderen Seite ausgerollt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus mutet die Arbeit in vielen Fällen reichlich akademisch an, indem sie jede lebensnahe Beziehung zum tatsächlichen Bergarbeiterleben vermissen, um so mehr aber verwandtschaftliche Beziehungen zur Werksarbeit des Bergbauischen Vereins erkennen läßt. Der sozialwissenschaftliche Wert der Arbeit wird dadurch stark beeinträchtigt.

Das Buch ist erschienen im Verlag Duncker & Humblot in München. Gebestet 9,50 M., gebunden 12 M.

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch die Verlagsgesellschaft des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bochum, Wiemelhäuser Str. 38-42, zu beziehen.

Der Streit. Niederschlesischer Bergarbeiterroman. In der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreieckstraße 5, ist kürzlich ein Bergarbeiterroman von Rudolf Daumann erschienen, der größte Beachtung verdient. Ort der Handlung ist das niederschlesische Hungerland, und zwar wird der achtmöchtige Bergarbeiterstreik um die Jahreswende 1869-70 geschildert. Ueber diesen Streik berichtet auch Otto Hue kurz in seinem großen Geschichtswerk. Aber erst durch die ausführliche und anschauliche Schilderung von Daumann werden die geschichtlichen Vorgänge lebendig und zu einer eindrucksvollen Lektüre gesteigert. Man muß selbst im Waidenburgischen Bergland aufgewachsen und Bergmann gewesen sein, um bezuzogen zu können, daß die von Daumann geschilderten Verhältnisse voll auf der Wahrheit entsprechen. Die niederschlesischen Bergarbeiter in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren aus Tradition königstreu. Sie waren auf ihre scheinbaren traditionellen Rechte ebenso stolz wie auf ihre Uniform, gehörten aber trotzdem schon unter dem Direktionsystem zu der schlechtest bezahlten Arbeitergruppe. Es war deshalb nicht verwunderlich, wenn die damaligen bäuerlichen Grubenbesitzer die Naivität und Königstreu der Bergarbeiter benutzten, um sie nach Einführung der Preussischen Berg- und Gemeindeordnung vollständig zu willenslosen Heuloten zu machen. Lebenswahr ist in dem Buch dargestellt, wie miserabel die Bergarbeiter entlohnt und behandelt wurden, wie schlecht sie wohneten und wie sie gezwungen waren, ihre noch schulpflichtigen Kinder nebst ihren Frauen zur Grube zu schicken, um nur überhaupt leben zu können. Löhne von 15 bis 20 Silbergroschen für Hauert bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit veranlaßten die Bergleute, sich in ihrer Not und Verzweiflung an den König und an Bismarck zu wenden mit der Bitte, seinen königstreu Bergleuten zu helfen. Aber die Hilfe blieb aus. Zur Verzweiflung getrieben, traten die Bergarbeiter schließlich in den Streik, der infolge tieferer Not und behördlicher Unterdrückung nach acht Wochen ergebnislos abgebrochen werden mußte. So lebenswahr, warm und einfach, wie Rudolf Daumann die Verhältnisse schildert, sind die Personen seiner Handlung, die, aus Liebe zu ihrem Beruf, aus Stolz auf ihre Gefianung und Ueberzeugung, aus Treue zu ihren Kameraden den Kampf nicht aufgeben. Wiederholte Kämpfe in Niederschlesien haben diese Ueberzeugung gefestigt und veranlaßten die Bergarbeiter Niederschlesiens, zum größten Teil dem Verband beizutreten und ihm in guten und schlechten Zeiten die Treue

zu halten. „Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Wehr“ mag daher das Leitwort sein, das wir dem Buche Rudolf Daumanns mit auf den Weg geben mit dem Wunsche, daß es in recht vielen Bergarbeiterfamilien Beachtung finden möge. —ner.

Die Scholle. Roman von Vincente Blasco Ibañez. erschienen im Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61. — „Die Scholle“ gehört zu den Werken Ibañez, die den Welt Ruhm des spanischen Schriftstellers begründet haben. Ibañez, der in seinen Romanen stets einen Auschnitt aus dem Leben des spanischen Volkes gibt, hat hier den Jahrhundert alten Kampf um die Scholle zum Gegenstand genommen. Wir lernen das Dasein der spanischen Bauern und Landproletarier kennen und begreifen ihren Haß gegen ihre Ausbeuter, diesen Haß, der eine der Ursachen der sozialen Umwälzung im heutigen Spanien ist. Ibañez schrieb das Buch, als er infolge seiner Tätigkeit als Agitator und Journalist von der Polizei verfolgt wurde, er schrieb es in seinen besten und stürmischsten Jahren. „Die Scholle“ hat bisher eine europäische Auflage von über zwei Millionen erreicht. Die deutsche Auflage wird diesen Triumphzug fortsetzen.

Die Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts Berlin 1927 bis 1932. Von Ernst Ruben. 654 S., in Halbheften 10 M. — Das Werk bringt eine inhaltliche Wiedergabe der Entscheidungen des Landesarbeitsgerichts Berlin in der Art, wie früher von Wöllfling-Neumann-Schulz die Entscheidungen des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts herausgebracht wurden. Der Herausgeber der Entscheidungssammlung, Ernst Ruben, Landgerichtsleiter und Vorsitzender am Landesarbeitsgericht Berlin, hat sich damit ein Verdienst um die arbeitsrechtliche Praxis erworben. Seine Sammlung wird nicht nur der Berliner Praxis dienen. Das Landesarbeitsgericht Berlin ist das weitaus größte des Deutschen Reiches, seine Praxis demgemäß besonders umfangreich und mannigfaltig. Es gibt kaum eine arbeitsrechtliche Frage von irgendwelcher Bedeutung, die ihm nicht zur Entscheidung vorgelegen hätte. Daraus ergibt sich seine allgemeine Bedeutung für die arbeitsrechtliche Praxis. Freilich kann sich der Praktiker nicht nur an den Berliner Entscheidungen orientieren und bei mancher Entscheidung wird sich Widerspruch regen, aber Anregungen wird er in der Rubenschen Sammlung immer wieder finden. Der Benutzung dient ein geradezu ungewöhnlich gründliches Sachregister, das annähernd 120 Seiten umfaßt und dessen Zuverlässigkeit wir durch einige Proben feststellen können. Wir wünschen der Sammlung die ihr gebührende Verbreitung.

Entstehung und Entwicklung des Ruhrkampfes. Im Januar 1923 begann der Ruhrkampf. Die zehnjährige Wiederkehr des Jahresdatums dieser großen Bewegung veranlaßt uns, an das von Volhardmann im Auftrage des ADGB verfaßte Buch „Die Gewerkschaften im Ruhrkampf“ (Berlin 1924, Verlagsgesellschaft des ADGB, Organisationspreis gebunden 4 M., kartoniert 3 M.) zu erinnern

Empfehlenswerte Zeitschriften: „Die Gesellschaft“. Sozialistisch-wissenschaftliches Organ — Herausgeber: Rudolf Hilferding. „Die Gesellschaft“ ist durch jede Buchhandlung zu beziehen und kostet pro Heft 1,75 M. Ältere Nummern sind noch lieferbar. Probenummern ebenfalls an Interessenten durch die Buchhandlungen. — „Die Gemeinde“. Unentgeltlich für alle in der Kommunalpolitik Tätigen. Sie bringt einen Ueberblick über die Probleme aus allen Gebieten der Kommunalarbeit und veröffentlicht neben neuen Verordnungen und Erlassen Berichte und Aufsätze. Der Abonnementpreis beträgt für sechs Hefte im Vierteljahr 3 M. Die Zeitschrift ist bei jeder Postanstalt, allen Volksbuchhandlungen oder direkt beim Verlag J. S. W. Dieh Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu bestellen. — „Der Volksfunk“, eine der besten Funkzeitungen überhaupt. Kein Arbeiter hält sich eine andere Funkzeitung! Sie ist reich illustriert und bringt auf 50 Seiten neben belehrendem und unterhaltendem Inhalt die Programme sämtlicher Sender. Der Preis beträgt 25 Pf. Bestellung durch die Post oder jede beliebige Buchhandlung.

Empfehlenswerte Schriften: „Sozialistische Erziehung als Forderung und Tat“. Von Kurt Löwenstein. Preis 10 Pf. — „So kommen wir zum Sozialismus“. Von G. Deker. Preis 10 Pf. Erschienen im Dieh-Verlag („Vorwärts“), Berlin SW 68.

Verbandsnachrichten

Auszahlung von Unterfütungen. Webweller. Bei Anträgen auf Kranken- oder Erwerbslosenunterstützung, die mit eigenhändiger Unterschrift des Antragstellers versehen sein müssen, muß der Krankenschein bzw. Arbeitsnachweis vorgelegt werden. Bibliothek. Altenwald. Die Zahlstellenbibliothek befindet sich jetzt beim Kameraden Peter Wersdorf, Altenwald, Hauptstr. 44. Sie ist geöffnet freitags und Sonntags von 8 bis 11 Uhr

SEG Teigwaren aus Eucem Konsumverein. Höchstwertige, nahrhafteste und doch billigste Lebensmittel.

Stoffe für Herren- und Damenbekleidung. Das neueste in praktischster Auswahl. Durch direkten Bezug grosse Ersparnisse. Musterkostenlos und ohne Kaufzwang. Tuch-Wimpelbeimel Augsburg 157.

Billige böhmische Bettfedern. Nur reine gutfüllende Sorten. 1 Kilo: ganz gechlörnte 2,50 M., halbbeste 3,00 M., weiße 3,50 M., beste Sorte 4,00 M. u. 4,50 M., bannenneu 5,00 M., u. 5,50 M., beste Sorte 6,00 M., u. 7,50 M., beste Sorte 8,00 M. u. 9,00 M. Versand portofrei, poliert, gegen Rücknahme. Winter frei Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Sackel, Lobes 209 bei Bülten in Böhmen.

AUS DER TIEFE. Gedichte von Heinrich Kampchen. Zu beziehen zum Preise von Mk. 1,20 durch die Verlagsgesellschaft des V. d. B. D., Bochum, Wiemelhäuser Straße 38-42.

Achtung! Gesucht sofort! noch richte Personen für leichte Dableber in Schenke gute Bezahlung. Kostlose Auskünfte erteilt Deutsche Textilmaschinenfabrik Bismarckstr. 18/19 Lief.-V. Behörden.

Sungentrante und ihre Geräte. Jeder Art für Zahnstellen und Bereine-liefert preiswert die Verlagsgesellschaft des V. d. B. D., Bochum, Wiemelhäuser Straße 38-42.